

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahrs 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monats-
 lich 1.50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.— RM. für das übrige Ausland
 4.50 RM. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Postbestellungen nehmen an: Dänemark,
 Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Anzeigenpreise sind festgesetzt
 60 Pf. „kleine Anzeigen“, das
 festgedruckte Wort 20 Pf. (zählend
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengröße und
 Schließelangelegenheiten das erste Wort
 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Werte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Zeitungsgeldung 30%.
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gewerkschaftliche Anzeigen
 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S.W. 64, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Gedruckt von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. **Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.**
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. **Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.**
 Sonntag, den 3. Februar 1918.

Konferenz beim Kanzler.

Keine Streikversammlung gestattet.

Wolffs Bureau meldet vom 2. Februar:
 Die Abgeordneten Ebert, Haase, Ledebour und
 Scheidemann sind heute vormittag vom Reichskanzler
 zu einer Besprechung empfangen worden, an der auch dessen Stell-
 vertreter v. Pöcher, der Staatssekretär Wallraf und der
 Minister des Innern Drews teilnahmen. Die Abgeordneten
 unterbreiteten dem Kanzler den Wunsch, bei den Militärbehörden
 darauf hinzuwirken, daß Vertrauensmännern oder
 streikenden Arbeitergruppen erlaubt werden möchte,
 in einer geschlossenen Versammlung über die durch den
 Streik geschaffene Lage zu beraten.
 Der Reichskanzler stellte sich demgegenüber auf den Stand-
 punkt, daß die Regierung das Zustandekommen einer
 Versammlung, deren Beschlüsse darauf hinauslaufen könnten,
 geschweige denn Handlungen zuzulassen oder gar für ihre Fort-
 setzung einzutreten, nicht beabsichtigt hätte. Auch wenn die
 Versammlung zu dem Ergebnis führen sollte, daß die Streikenden
 auf neue den Antrag stellten, mit der Regierung zu verhandeln,
 würde sie die Lage nur weiter verschärfen, da die Re-
 gierung auf einen solchen Antrag nur ablehnend antworten
 könnte. Solange deshalb keine Gewähr dafür vorliegt, daß die Be-
 sprechung lediglich dahin wirken werde, den Streik zu be-
 enden und alle allgemeinspolitischen Wünsche der Arbeiter künftig
 auf dem gesetzmäßigen Wege über die Volksvertreter an die Re-
 gierung gelangen zu lassen, könne diese den Vorschlag der
 Abgeordneten nicht in Erwägung ziehen.

Unsere Aufgabe.

Der Dank, den der bayerische Ministerpräsident
 v. Dandl der Sozialdemokratie dafür ausbrachte, daß sie die
 Leitung der Streikbewegung in die Hand nahm, hat den
 Berliner Scharfmachern gründlich das Konzept verdorben.
 Herr v. Dandl wird fortan ebensowenig auf ihre Sympathie
 zu rechnen haben, wie seinerzeit der bairische Minister Herr
 v. Bodman, als er sagte, die Sozialdemokratie sei „eine groß-
 artige Kulturbewegung zur Hebung der unteren Volks-
 klassen“. Da es sehr interessant ist, zuzusehen, wie sich die
 reaktionäre Presse mit dem bayerischen Ministerpräsidenten
 auseinandersetzt, geben wir die Klagestimme eines ihrer
 Blätter, der „Tägl. Rundschau“, ausführlich wieder:

Der bayerische Ministerpräsident v. Dandl hat in der Münche-
 ner Kammer, wie bereits mitgeteilt, gesagt: „Ich danke Ihnen
 (zu den Sozialdemokraten), wenn Sie jetzt die Führung
 (des Streiks) in die Hand nehmen.“ Diese Äußerung
 des Herrn v. Dandl wird kaum den besondern Beifall des Vor-
 gängers Dandls, des jetzigen Reichskanzlers Grafen Hertling,
 finden, der wohl eine etwas anders geartete Auf-
 fassung über die Tätigkeit der Sozialdemokratie vor und
 während des Streiks haben dürfte und kaum Ursache finden wird,
 vor Herrn Scheidemann und Haase seine Verbeugung zu
 machen. Wenn schon die bürgerlichen Freunde der Sozialdemo-
 kratie vor den bisherigen Weggekommen mit erkennbarem Entsetzen
 abstrakten und jede Gemeinschaft „mit solchen Kreisen“ ablehnen,
 dann kann man überzeugt sein, daß zum Dank an die Sozialdemo-
 kratie gar keine Ursache vorliegt. Es ist zweifellos eine Neuheit
 und erklärt sich nur aus den merkwürdigen Begriffs-
 die in bürgerlichen Kreisen im Laufe des Krieges über die Sozial-
 demokratie entstanden sind, daß der Leiter eines Staates eine repu-
 blikanische, haarscharfste Ziele verfolgende Partei dafür belobt,
 daß sie eine von ihr hervorgerufene, in ihren Wirkungen den Staat
 schädigende Bewegung, die „letzten Endes Landesverrat“ ausübt —
 um mit den Worten des bayerischen Ministerpräsidenten zu sprechen
 — leitet, obwohl diese Zeitung bezeugt, dem Staate und dem Reiche
 Nachteile zuzufügen. Der „Vornachricht“ ist über die Rede Dandls
 so erfreut, daß er sie heute ohne jeden Kommentar in großer,
 sensationeller Aufmachung an die Spitze des Blattes zur Rechtferti-
 gung der Sozialdemokratie stellen kann, und man würde sich nicht
 zu wundern brauchen, wenn die Sozialdemokratie jetzt den Dank
 der Regierung in Zugeständnissen einfordert, mit der Be-
 gründung, daß die Sozialdemokratie die Situation, den Staat
 und das Reich gerettet habe. Die Sozialdemokraten würden
 also den Streikenden als Ergebnis ihrer unschädlichen Straftat
 besondere Geschenke bringen können, und damit hätten sie ihr An-
 sehen in den Augen der Arbeiterschaft wiederhergestellt, das durch
 das Wüthen des Streiks geschädigt war, und sie hätten neue
 Möglichkeiten, die Regierung dauernd zu knechten und sie wieder
 unter den Einfluß Scheidemanns zu stellen, den
 zu brechen, der jetzt Augenblick gerettet gewesen wäre.

Die Aufrichtigkeit der „Tägl. Rundschau“ verdient Dank.
 Da wird also offen zugegeben, daß die ganze gegenwärtige,
 wahrhaftig nicht leichte Lage nur unter dem Gesichtspunkt
 einer günstigen Gelegenheit betrachtet wird, jeden Einfluß der
 Sozialdemokratie vollständig auszuschalten. Darum also wird
 zum inneren Krieg gegen die Sozialdemokratie aufgerufen,
 und — unter ganz besonders günstigen Bedingungen — die
 Kriegsstimmung gegen die Arbeiterpartei durch allerhand
 Legendenbildung geschürt.

Nach dieser Legendenbildung soll die Sozialdemokratie
 die gegenwärtige Bewegung inszeniert haben, um den aus-
 wärtigen Gegnern zu Hilfe zu kommen und dem eigenen Land

in den Rücken zu fallen. Nur politische Trottel können der-
 gleichen glauben. Die Haltung der Sozialdemokratie ist un-
 verändert dieselbe, die sie seit Kriegsbeginn eingenommen hat.
 Das heißt, die Sozialdemokratie ist nach wie vor bereit, das
 Land gegen fremde Eroberungsabsichten zu verteidigen, sie be-
 kämpft nach wie vor im eigenen Lande die Absicht, den Krieg
 bis zur Durchführung offener oder verdeckter Annexionen
 weiterzuführen, sie ist nach wie vor die Vorkämpferin der
 staatsbürgerlichen Freiheit und der politischen Gleichberechtigung
 und bleibt nach wie vor die Vertreterin der breiten
 Massen der arbeitenden Bevölkerung, möge sie in
 der Werkstatt gegen Wochenlohn oder in Kantor und Bureau
 gegen Monatsgehalt kämpfen.

Aus dieser breiten Masse der Bevölkerung heraus und
 aus Ursachen, die kaum noch näher erörtert zu werden
 brauchen, ist die gegenwärtige Bewegung entstanden. Als
 sie da war, trat an die sozialdemokratische Partei die Auf-
 forderung heran, sich an ihrer Leitung zu beteiligen, und da
 tat sie das, wofür ihr der bayerische Ministerpräsident seinen
 Dank ausgesprochen hat, sie nahm an. Hätte sie abge-
 lehnt, so hätte sie einfach an der Arbeiterschaft pflichtver-
 gessen gehandelt.

Ueber die Gründe ihrer Haltung sollen keine Miß-
 verständnisse entstehen dürfen. Die Partei hat genau so gehan-
 delt, wie nach alter erprobter Regel die Gewerkschaften han-
 deln, wenn ein wilder Streik ausgebrochen ist. Hat dieser
 wilde Streik eine gewisse Stärke erreicht und ist er aus einer
 verständlichen Mißstimmung entstanden, so wird kein Gewerks-
 chäftsführer sich wie ein Buhprediger hinstellen und den
 Streikenden raten, ins Maulloch zu kriechen. Er wird nicht
 versuchen, „der Bewegung das Rückrad zu brechen“, ihr „den
 Hals umzudrehen“, sondern er wird aus ihr herauszuholen
 versuchen, was aus ihr herauszuholen ist, nachdrücklich die
 berechtigten Forderungen der Arbeiter durchzusetzen versuchen
 und nach einem Mehr oder Weniger von Zugeständnissen —
 entsprechend dem gegebenen Kräfteverhältnis — den inneren
 „Verständigungsfrieden“ herbeiführen. Er wird
 die Bewegung in geordneten Bahnen zu halten suchen und
 den nichtorganisierten Teil der Streikenden — bei dem or-
 ganisierten ist das kaum notwendig — vor Unbesonnenheiten
 warnen. Kurz, er wird, wenn er der richtige Mann ist, als
 wirklicher Vertrauensmann der Arbeiter zu Rate gehen und
 mit Herz und Verstand für seine Kameraden wirken.

Nach diesen erprobten Grundregeln ist auch die sozial-
 demokratische Partei vorgegangen, als sie auf
 Wunsch der Streikenden in die Leitung der Bewegung mit-
 eintrat. Daß sie mit ihrem Verhalten nicht überall Verständ-
 nis finden konnte, war voraussehbar. Leider ist das Miß-
 trauen gegen sie nicht nur von einer Seite, sondern gleich von
 zwei Seiten geschürt worden und das hat sicher dem Gan-
 zen der Bewegung keinen Nutzen gebracht. Während näm-
 lich die ganze reaktionäre Presse über den „Landesverrat“ der
 Sozialdemokratie tobte, wurden anonyme Flugblätter in die
 Massen geworfen, in denen, schon vor dem Beginn der Be-
 wegung, der „Arbeiterverrat“ der Sozialdemokratie prophe-
 ziert wurde. Soja und Charnobits!

Wenn sich die Wogen der Erregung legen, werden alle
 Verständigen die Sinnlosigkeit dieses Geschwäzes einsehen
 lernen. Die Sozialdemokratie treibt weder „Landesverrat“
 noch „Arbeiterverrat“. Denn die Arbeiter und das
 Land gehören zusammen, und man kann nicht das
 Land verraten, ohne die Arbeiter mitzuverraten; man kann
 aber auch nicht die Arbeiter verraten, ohne
 das Land mitzuverraten. Denn wenn sich das Land
 nach außen verteidigen soll, dann dürfen sich seine Arbeiter
 nicht „verraten“ fühlen!

Wir haben es in diesen Tagen wiederholt gesagt und
 wiederholen es immer wieder: Die sozialdemo-
 kratische Partei Deutschlands steht mit ihrem
 Kopf und ihrem Herzen zu den Arbeitern, sie
 besteht fast ausschließlich aus Arbeitern, nur zu geringem Teil
 aus Angehörigen bürgerlicher Schichten, die durch ihre
 Lebensarbeit mit der Bewegung verwachsen sind. Diejenigen,
 die ihr „Arbeiterverrat“ vorwerfen, weil sie in diesem oder
 jenem Punkt anderer Meinung sind als sie, sind, wissenschaftlich
 oder unwissenschaftlich, Schädlinge der Arbeiterbewegung
 oder, mit ihren eigenen Worten, „Verräter“ an ihr!

Noch sind die Erfahrungen dieser ereignisreichen Tage
 nicht abgeschlossen. Aber eine Lehre prägt sich jetzt schon
 mit unwiderstehlicher Gewalt allen denkfähigen Köpfen ein.
 Durch die Reiben geht ein Schrei nach Einigkeit und Or-
 ganisation!

Warum wird in Berlin nicht verhandelt?

Die Verhandlungen in Köln.

Einem längeren Artikel des „Berl. Tagebl.“ entnehmen
 wir folgende ruhige und vernünftige Ausführungen:
 Wir glauben, daß der größte Teil des Publikums die Mit-
 teilungen über das Scheitern des gestrigen Verhandlungsversuches
 mit einigem Kopfschütteln gelesen haben wird. Die-
 jenigen, die eine baldige friedliche Beendigung der Ausstands-
 bewegung und die Herbeiführung einer dauernden Beru-
 gung für dringend notwendig halten, werden nicht durchweg den
 genügenden Sinn für Formalitäten haben, um die Be-
 deutung der Wünsche und Bedingungen, die gestern einander
 gegenübergestellt wurden, ganz zu verstehen.

Ungefähr im gleichen Augenblick, wo die amtliche Mitteilung
 erschien, meldete das offiziöse Telegraphenbureau aus Köln:
 „In einer heute vormittag in Anwesenheit des Regierungspräsidenten
 abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung haben die Streikenden
 beschlossen, die Arbeit Sonnabend früh wieder aufzunehmen.“
 Aus Danzig wurde gemeldet, daß dort die streikenden Arbeiter vom
 Regierungspräsidenten und vom Festungskommandanten empfangen
 wurden, und daß im Anschluß an diese Aussprache der Streik ein
 baldiges Ende fand. Ähnliche Meldungen liegen aus
 anderen Städten vor. Es scheint also, daß dort nicht
 ganz die gleiche Auffassung vorwaltet wie in
 Berlin, beim Reichskanzler und seiner Umgebung, und es scheint
 in dieser Frage, ob man mit den Streikenden direkt verhandeln
 solle und könne, keine volle Einigkeit zu bestehen.

Der Reichskanzler in Berlin könnte, wie uns
 scheint, ebenso gut mit den Streikenden ver-
 handeln wie der Regierungspräsident in Köln.
 Es hat ja wohl auch keinen Zweck, über die Beendigung einer
 Streikbewegung nur mit Berlin zu verhandeln, die nicht den
 nötigen Einfluß auf die Streikenden haben und sagen können, sie
 ständen der Angelegenheit eigentlich fern. . . . Wir wiederholen
 aber, daß es vor allem auch gilt, die Ursachen zu beseitigen, aus
 denen die tiefe und weitverbreitete Verstimmlung, die sich in diesem
 unüberlegten Streik äußerte, entstand. Und das erscheint uns er-
 heblich wichtiger als die Frage, ob heute Ding oder ob auch Kung
 an den Verhandlungen teilnehmen soll.

Ueber die Verhandlungen in Köln, die zu
 einem raschen und geordneten Abschluß führten, meldet uns
 von dort ein eigener Bericht.

Der Regierungspräsident in der Streikversammlung.

In Köln wurde am Donnerstag und am Freitag in einer An-
 zahl von Betrieben der Metallindustrie gestreikt. Da der Gouver-
 neur alle Versammlungen verboten hatte, war eine geplante
 große Versammlung unter freiem Himmel nicht möglich, jedoch
 wurden die Versammlungen der Vertrauens-
 leute weder verhindert noch auch nur polizeilich
 überwacht. Die Streikenden wählten einen Stab zur
 in dem auch „Anhängige“ vertreten waren. Von der Partei-
 leitung waren Parteisekretär Kunge und die Stadtverordneten
 Paas und Sollmann in dem Ausschuss. Die sieben Genossen
 wurden noch am Abend des ersten Streiktages von dem Re-
 gierungspräsidenten u. Stark und dem Oberbürgermeister
 Adenauer empfangen. Beide Herren diskutierten mit der Or-
 dnung bis zum späten Abend die Forderungen der Streik-
 enden: Es ergab sich, zumal in den innerpolitischen Fragen,
 weitgehende Uebereinstimmung zwischen den ge-
 nannten Beamten und den Streikenden, wenn die Herren
 auch den Streik entschieden verurteilten. Beide Herren
 sprachen sich fest und klar dahin aus, daß die Regierung
 bestimmt willens sei, das gleiche Maß an allen verfassungs-
 mäßigen Mitteln durchzusetzen. Auf Einladung des Streik-
 schusses erschien der Regierungspräsident am zweiten Streiktage
 in einer überfüllten Versammlung der Streikenden. Die Ar-
 beiter hörten den Präsidenten, der in sehr volkstümlicher Weise
 zu reden verstand, ruhig an. Er gab auch in dieser Versam-
 lung ein Bekenntnis zu der nach seiner Meinung ehelichen Politik
 der Regierung. Dann traten ihm streikende Arbeiter in langer
 Aufspade entgegen. Auch Reichstagsabgeordneter Meerfeld
 sprach. In manchen Punkten ergab sich zwischen Regierungsprä-
 sidenten und den Arbeitern Uebereinstimmung. Der Präsi-
 dent teilte mit, daß er die Forderungen der Streikenden sofort
 dem Reichskanzler, dem Minister des Innern und dem
 Oberpräsidenten übermitteln habe. Das gleiche tat der Oberbür-
 germeister, der zugleich zusagte, den Berliner Regierungsstellen seine
 eigene Auffassung von der Notwendigkeit schleuniger Reformen im
 Innern nicht vorenthalten zu wollen.

Schon vor dem Eintreffen des Regierungspräsidenten in der
 Streikversammlung war gegen eine Minderheit die Wiederauf-
 nahme der Arbeit am Samstag beschlossen. Das Verhalten
 des hohen Regierungsbeamten, der soviel Ver-
 ständnis für die Eigenart der Kölner Arbeiter
 offenbarte, fand allgemeine Anerkennung.

Das Kriegsgericht in Moabit.

Sechs Monate Gefängnis wegen Bettelverteilung.

Der Zugang zu dem Teil des Gebäudes, in dem die
 außerordentlichen Kriegsgerichte tagen, ist für das Publikum
 hermetisch abgeschlossen. Soldaten mit aufgespangten
 Seitengewehr hüten den Eingang. In einem der sonst für
 das Publikum bestimmten Warteräume ist eine Nachkammer ein-
 gerichtet worden. Einige Offiziere erschienen und begaben
 sich in den Sitzungssaal 413, wo in Anwesenheit der Präsi-
 dialbeamten der drei Landgerichte erst eine allgemeine Be-
 sprechung und Einteilung der einzelnen Kriegsgerichte statt-
 findet. Als Vorsitzende wurden gewählt: für den Bezirk des
 Landgerichts I Landgerichtsdirektor Geh. Justizrat Weder,
 für das Landgericht II Geh. Justizrat Dose und für das

Landgericht III Landgerichtsdirektor Geh. Justizrat Gesse. Nach dieser Einteilung fanden Beratungen darüber statt, in welchen Fällen Verteidiger zu stellen sind, welche Zeugen zu laden sind usw.

Der erste Fall, der unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gesse zur Verhandlung kam, betraf den 30-jährigen Dreher Heinrich Schulze. Der Angeklagte, der eine geliebte Frau und zwei Kinder zu Hause hat, war seit acht Jahren bei den Elektrizitätswerken Bergmann beschäftigt. Er hat am 29. Januar vormittags 6 Uhr am Bahnhof Reichendorf-Kosenthal an die mit der Bahn ankommenden Arbeiter, die in die Fabrik gehen wollten, Zettel verteilt, die zum Streik aufforderten. Der Angeklagte gab die Tatsache zu, bewachte aber, daß er den Zettel nicht gelesen und geglaubt habe, daß es sich um eine Einladung zu einer Versammlung gehandelt habe. Er ist, wie er auf Befragen angab, Mitglied des Metallarbeiterverbandes und des Wahlvereins der Unabhängigen Sozialdemokraten. — Der Angeklagte wurde nach dem Urteil des Landgerichts gegen § 89 St.-G.-B. an, welcher besagt: „Wer während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges der Kriegsmacht des Deutschen Reiches vorzüglich Nachteil zufügt, wird wegen Landesverrat mit Zuchthaus oder, wenn mildernde Umstände vorhanden sind, mit Festungshaft bestraft. Der Angeklagte führte hierzu aus: Bei Bergmann wird Kriegsmaterial gearbeitet; die teilweise Lohnsenkung dieser Arbeit durch einen Streik bedeutet die Schwächung der Kriegsbereitschaft des Deutschen Reiches. Mildernde Umstände liegen nicht vor. Mitleid mit dem einzelnen ist hier nicht am Platze. Die Arbeiter, die sich dazu haben verleiten lassen, dem Vaterlande zu schaden, mögen sich später bei den unverantwortlichen Personen bedanken, die sie zu diesen Taten verleitet haben. Der Richterhatler beantragte wegen Verbrechens gegen § 89 in Tateinheit mit dem Vergehen gegen das Preßgesetz ein Jahr Zuchthaus. — Justizrat Hermannowski als Verteidiger des Angeklagten führte aus, daß dieser gewiß nicht das Bewußtsein gehabt habe, durch die Zettelverteilung einen Landesverrat zu begehen; es handle sich mehr um einen leichtfertigen Streik als um eine böse Absicht. Dem Angeklagten sollten aber doch mildernde Umstände zugestanden werden. — Der Gerichtshof verurteilte dem Angeklagten mildernde Umstände, indem er sich den Ausführungen des Richterhatlers im wesentlichen angeschlossen und erkannte auf 4 Monate Zuchthaus, die in 6 Monate Gefängnis umgewandelt wurden. Der Angeklagte wurde in Haft behalten.

Dittmann vor dem Kriegsgericht.

Verurteilter Landesverrat.

Die Anklage, gegen die sich der Reichstagsabgeordnete Dittmann vor dem außerordentlichen Kriegsgericht zu verantworten haben wird, lautet auf versuchten Landesverrat, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Ueberletzung der Verordnung, wonach den Mitgliedern der Streikleitung jede Betätigung untersagt war.

Dittmann ist, wie schon gemeldet, am Donnerstag vormittag nach einer Ansprache, die er im Treptower Park gehalten hatte, verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte „auf jählicher La“, so daß die Genehmigung des Reichstags zur Strafverfolgung nicht erforderlich ist.

§ 89 des Strafgesetzbuchs lautet:

Ein Deutscher, welcher vorzüglich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder der Bundesgenossen desselben Nachteil zufügt, wird wegen Landesverrats mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft bis zu zehn Jahren ein.

§ 110 des Strafgesetzbuchs besagt:

Wer öffentlich vor einer Menschenmenge, oder wer durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen aufhetzt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Zuchthaus bis zu zwei Jahren bestraft.

Gegen die fernere Betätigung von Mitgliedern der Streikleitung ist durch Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr angedroht worden.

Kurt Eisner verhaftet.

Aus München meldet W. L. B.: Der Polizeibericht teilt mit: In den gestrigen Streikverhastungen ließen sich bemerkenswerterweise mehrere Personen zu Handlungen hinreichend, die gegen das Strafgesetzbuch verstößen. Infolgedessen mußten gestern Abend und heute morgen sechs männliche und vier weibliche Personen vorläufig festgenommen werden. Unter den vorläufig festgenommenen befinden sich Schriftsteller Kurt Eisner und Frau Sara Sonja Verch, geborene Rabinowit, früher russische Staatsangehörige.

Nur keine Verständigung!

In allen Tonarten sucht die rechtsstehende Presse die Regierung zu veranlassen, gegenüber der jetzigen Bewegung in der Arbeitererschaft einen möglichst schroff ablehnenden Standpunkt einzunehmen. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

Gesetzbücher der Streikenden und des Streiks sind schließlich auch die Mütter, die von der Regierung verlangen, sie solle mit den Streikenden direkt in Verhandlung treten. Die Regierung kann und darf keinen anderen Standpunkt einnehmen, als daß ein Streik in der Kriegszeit unter allen Umständen verwerflich und vom vaterländischen Standpunkte unzulässig ist; sie darf ihn deshalb nicht gleichsam durch Verhandlungen legitimieren, wenn sie nicht zum schwersten Schaden des vaterländischen Wohlbefindens und des Staates die wirksamste Waffe gegen die Streikgefahr in der Kriegszeit aus der Hand verlieren will. Auch diese Gesetzbücher für den Streik müssen also entschieden zurückgewiesen werden.

In ähnlicher Weise sekundiert der „Lokal-Anzeiger“. Er meint sogar, daß das Ehrgefühl der Regierung irgendein Entgegenkommen gegen die sachlichen Forderungen, die bei dem Streik eine Rolle gespielt haben, ausschließen müßte. Der „Lokal-Anzeiger“ macht sich ein sehr sonderbares Bild von der Situation, wenn er gerade diese als Motiv der Regierung für das wichtigste hält. Wir glauben, daß nur ein ganz falsches und völlig mißverständliches Ehrgefühl die Regierung davon

Artilleriekampf an der italienischen Front.

Alliich. Großes Hauptquartier, 2. Februar 1918. (W. L. B.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 2. Februar 1918, abends. Alliich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 2. Februar 1918. Alliich wird verkauft:

Auf der Hochfläche von Anigo und Ulrich der Trenta blieb die Artillerietätigkeit lebhaft.

Der Chef des Generalstabes.

Italienischer Heeresbericht vom 1. Februar. Nach seinen wiederholten und stets vergeblichen Versuchen und die Fortschritte, die wir in der Gegend des Sasso Rosso erungen haben, streift zu machen, leitete der Feind gestern früh eine besitzergreifende Unternehmung ein, um uns vom Monte di Tabella wieder herunter zu werfen, von dem aus in den ersten Tagesstunden unsere Abteilungen mit Schindeln den oberen Teil des Melanotales gewonnen hätten. Bevor jedoch der Angriff unsere Linien zu erreichen vermochte, wurden die Anstürmenden durch die wirksame Mithilfe der Artillerie unter ein vernichtendes und mächtiges Sperrfeuer genommen, das sie zwang, sich auf die Ausgangsstellungen zurückzuziehen. An der übrigen Front war das Artillerief Feuer von mäßiger Heftigkeit.

abhalten könnte, den Gründen, die zur Entziehung des Streiks geführt haben, sachlich nachzugehen und diejenigen Missethäter abzustellen, gegen die sich hauptsächlich die zutrage getretene Mißstimmung richtet. Es wäre eine merkwürdige Regierung, die in der jetzigen Situation keine weitere Sorge hätte, als ihr „Ehrgefühl“ zu wahren, ganz gleichgültig, was daraus entsteht.

Die Meldung vom feindlichen Agenten.

Die rechtsstehende Presse verbreitet fortgesetzt in offener oder versteckter Form die Behauptung, daß bei der gegenwärtigen Bewegung das feindliche Ausland seine Hände im Spiel habe. Jergendein positiver Beweis der Behauptung ist bisher nicht erbracht worden. Jetzt jedoch verbreiten die „Hamburger Nachrichten“ folgende Meldung:

Ein Beweis dafür, daß englische Agenten die Auslandsbewegung auszunutzen versuchen, ist ein Flugblatt, das heute morgen in großer Zahl auf der Wödenbergstraße gefunden wurde. Ein besser gekleideter Herr ließ die Flugblätter aus seinem Heberzieher lassen. Leider ist es nicht möglich gewesen, ihn festnehmen zu lassen. Das Flugblatt hat einen so aufreizenden Inhalt, daß es nur von Agenten des Auslandes hergestellt worden sein kann.

In dieser Meldung ist so viel tolltächlich, daß ein Mann Flugblätter verbreitet hat, aber nicht festgestellt worden ist. Within entsfällt jeder sichere Schluß auf seine Person. Ob es sich um einen feindlichen Agenten handelte, das hätte nur festgestellt werden können, wenn man des Mannes habhaft geworden wäre. Da dies nicht gelungen ist, so fehlt gerade der positive Beweis für eine derartige Behauptung.

In der Frage, ob das feindliche Ausland die Hände im Spiel hatte, ist auch sehr belangreich, was die „Deutsche Tageszeitung“ über die Wirkungen des Streiks in bezug auf die Munitionsversorgung schreibt:

Daß der Streik aus bestimmten äußeren Gründen im Augenblick nicht so schädlich oder doch nicht ganz so schädlich wirken kann, wie es unter anderen Umständen der Fall wäre, trifft zunächst zu; und es ist ganz gut, daß auch das feindliche Ausland davon Kenntnis erhält. Aber die bürgerlichen Helfershelfer wissen ebensogut wie die Drahtzieher des Streiks, daß er nicht wegen, sondern trotz dieser seine äußere Augenblickswirkung mildernden Umstände bezaunen wurde; vor allem, wie dokumentarisch feststeht, um Sr. Ehrliebt Herrn Trocki in die Hände zu arbeiten.

Feindliche Agenten hätten den Streik wohl kaum in einem Zeitpunkt zum Ausbruch gebracht (wosern ihnen dieses überhaupt möglich gewesen wäre), in dem seine Wirkungen am wenigsten schädlich waren.

Morgenpost und Streikbewegung.

Die „Morgenpost“ ist, nachdem ihr Betrieb drei Tage lang infolge Arbeits Einstellung hatte ruhen müssen, am Sonnabend wieder erschienen. Sie beklagt sich bitter, daß gerade sie, die immer mit warmen Worten für die Interessen der Arbeiterschaft eingetreten ist, während der kritischen Zeit am Erscheinen gehindert gewesen sei. Wie hätte nun die „Morgenpost“ während des Streiks gemerkt? — Die Antwort auf diese Frage gibt ihr Leitartikel, der überschrieben ist: „Böse Folgen überall“. In diesem heißt es:

Wir haben gemahnt und gewarnt, wir sind nicht müde geworden, auf die schweren Folgen hinzuweisen, die das wahnwitzige Treiben der von gewissenlosen Hebern und Schürern Irregulierten nach sich ziehen müßte. Aber allen unseren Mahnungen und Warnungen zum Trotz haben die Wadenschaffen dieser Heber und Schürer über einen behauerlich araffen Teil unserer Arbeiterschaft Recht gewonnen. Und so ist es denn gekommen, wie es kommen mußte. Wer die Heber und Schürer sind, das weiß man nicht, und man weiß auch nicht, ob es gelingen wird, sie ausfindig zu machen. Aber das eine weiß man, daß der Kluch unseres ganzen Volkes ihnen höher ist, auch der Kluch derer, die sie jetzt führen können, weil es ihnen gelungen ist, sie zu verführen. Er ist ihnen sicher in dem Augenblick, da die von ihnen Verführten wieder zur Besinnung kommen werden.

Die Wirkung des Streiks auf das Ausland wird folgendermaßen geschildert:

In London ist die Nachricht von dem Ausbruch des Streiks in Berlin und in anderen großen Städten Deutschlands mit Jubel begrüßt worden, weil man in diesen Streiks den Beginn des inneren Zusammenbruchs Deutschlands sah, und die offizielle Nachrichtenstelle der russischen Regierung, die Petersburger Telegraphenagentur, verbreitet eine Verlautbarung, daß der Kampf nicht am grünen Tisch, sondern voranschreitlich auf den Straßen von Berlin und Wien werde ausgetragen werden.

Gegen Schluß des Artikels heißt es mit Bezug auf den Streik: „Wir fragen: Hat dieses Verbrechen Sinn und Verstand? Ist es nicht vielmehr bare Unvernunft und heller Wahnsinn?“

Drohungen.

Unter der Überschrift „Eine notwendige Revision“ schreibt die parlamentarische Seite der „Post“, bekanntlich Oktavio v. Jedlich, einen Artikel über das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei in der Streikbewegung, der in folgende Sätze ausklingt:

Diese Behauptungen sind zweifellos unerschütterlicher Art. Sie dienen aber wenigstens gegenüber dem Publikum, welches die Reichstagssozialdemokratie über ihr politisches Verhalten zu verurteilen wagt, zur erwünschten Märgung. Diese wird und muß notwendigerweise auch dahin führen, daß sowohl die Reichsregierung, wie die sämtlichen bürgerlichen Parteien, die die Reichstagssozialdemokraten bisher nach ihrer Stellungnahme vom 4. August 1914 beurteilten, ihre Stellung zu der genannten Partei revidieren.

Herrn von Jedlich schwebt wohl bei seinen Ausführungen die Art der Sozialistenbekämpfung vor, wie sie vor dem Kriege üblich war, und die er nun wieder in Flor bringen möchte. Wir sehen solchen Versuchen mit großer Ruhe entgegen. Will man die Sozialdemokratie von neuem mit den Mitteln der Achtung und Verfeinerung bekämpfen, so werden die Folgen dieser Maßregeln genau dieselben sein, die sie durch fünf Jahrzehnte gewesen sind: starkes Wachstum unserer Seite.

Zum Streik in Groß-Berlin.

Verichtigung zur Darstellung des Parteivorstandes.

In die gestern von uns wiedergegebenen Darlegungen des Parteivorstandes hat sich ein sinnstörender Druckfehler eingeschlichen. Wir geben daher den ganzen Passus nochmals wieder:

Herr Walfraf erklärte sich, als die Deputation im Reichsamt des Innern erschien, bereit, die Abgeordneten zu empfangen. Er über den Arbeitern gegenüber bei seiner Ablehnung. Er überließ seine Stellungnahme auch nicht, nachdem ihm durch einen Ministerialdirektor, der als Mittelsperson fungierte, noch einmal ausdrücklich gesagt worden war, daß die Deputation mit ihm nicht über politische Fragen verhandeln, sondern nur Mittelungen der bereits erwähnten Art zu machen wünsche. Die beiden Abgeordneten erklärten sich nicht bereit, mit dem Staatssekretär ohne Hinzuziehung der Arbeiter zu verhandeln.

Die Situation in Groß-Berlin.

Wie dem „Berliner Tageblatt“ von amtlicher Seite mitgeteilt wird, sind bei den Zugammenstößen mit den Streikenden bisher 12 Schutleute und 1 Wagemeister von der Berliner Polizei durch Revolververletzungen, Messerstiche und Steinwürfe verletzt worden. Insgesamt sind 84 Personen verhaftet und in Untersuchungshaft gehalten worden.

Über die Vorgänge am Donnerstag ist daselbe Blatt in der Lage, nachträglich folgendes zu berichten: Am Schließlichen Tag kam es mittags gegen 1 Uhr zu schweren Ausschreitungen der Streikenden. Hier wurden insgesamt etwa sechs Motorwagen der Straßenbahn angehalten und die Fahrgäste aufgefordert, die Wagen sofort zu verlassen. Kaum waren die Fahrgäste aus den Wagen gestiegen, als von allen Seiten mit schweren Eisenstücken die Scheiben der Wagen zertrümmert wurden. Die herbeigeeilte Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. In den Nachmittagsstunden wurde die Ruhe allmählich wiederhergestellt. Die Straßenbahn verkehrte wieder gänzlich ungehindert; allerdings ohne Anhängewagen, weil deren Scheiben zum Austausch der zahlreichen zertrümmerten Fenster der Motorwagen verwandt werden mußten. Bis weit in die Köpenicker Straße hinein zeugten angedehnte Straßen mit glitzernden Splittresten von dem Umsange des Sturms auf die Straßenbahnen. Gegen fünf Uhr nachmittags rückte Militär an. Die am Vormittag mit Menschenmassen dicht gefüllten Straßen lagen bald öde und verlassen da. Der gemütsliche, nicht sehr starke Verkehr spielte sich auf ihnen unbeeinträchtigt ab; um die Soldaten verarmelten sich stellenweise nur einige neugierige Schulkinder. — In schweren Ausschreitungen der Streikenden kam es mittags in Reinickendorf. An der Endhaltestelle der Straßenbahn der Linie 86 kam ein Trupp Streikender vorübergezogen. Einige jüngere Burshen stürzten sich auf die hier stehenden Straßenbahnwagen, entrißen den Führern die Fahrtrübel und setzten die einzelnen Motorwagen unter vollen Strom, so daß diese mit voller Gewalt aufeinanderstießen. Dadurch sind drei Motorwagen dermaßen stark demoliert worden, daß sie aus dem Betrieb gezogen werden mußten. Die inzwischen herbeigerufene Polizei ging mit scharfer Waffe vor. Auch aus der Seestraße sind mehrere blutige Zusammenstöße zwischen Polizeibeamten und Streikenden gemeldet worden.

Aus dem „Lokal-Anzeiger“ sei über die Ereignisse am Freitag noch folgendes nachgetragen: An der Köpenicker Brücke kam es am Freitag zu Ansammlungen. Es waren mehrere Straßenbahnwagen von den Streikenden beschädigt worden, so daß die Verwaltung die Wagen fortan nur noch bis zur Brücke verkehren ließ. An der Brücke selbst fanden große Ansammlungen statt, zumeist von halbwüchsigen Burshen. Die berittene Schutzmannschaft hatte blank gezogen, trabte längs der Straße hin und bildete kein Stößenbleiben, auch nicht das Hineinschleppen in die Häuser; gegen Widerspenstige machte sie von der Waffe Gebrauch. Die Polizei ging scharf vor, wenige Berittene genügten, um die Straße zu säubern; es gab drei Verletzte.

Das Charlottenburger Volkshaus geschlossen!

Bestern mittag gegen 1 Uhr erschienen Polizeibeamte im Volkshaus zu Charlottenburg, die die Räumung und Schließung sämtlicher Räume, der Bureaus, der Restauration, Stehbierhalle usw. vornahmen. Nur der Hauptvorstand des Porzellanarbeiterverbandes erhielt die Erlaubnis, weiterhin in dem Gebäude zu verweilen. Jergendwelche Veranstaltungen dürfen im Volkshaus bis auf weiteres nicht stattfinden. Auch der für heute geplante „Trobe Abend“ des Goethebundes ist verboten worden.

Interessant ist es, daß die „Berliner Volkszeitung“ in der Lage war, bereits in ihrer gestrigen Morgennummer über das Vorhaben der Polizei zu berichten, das erst am Freitag zur Ausführung kam.

Wie wir hören, ist die Schließung auf Veranlassung des Berliner Polizeipräsidenten erfolgt mit der Begründung, im Volkshaus hätten Zusammenkünfte der Streikenden stattgefunden. Den Bewohnern des Volkshauses ist auf Grund von Legitimationskarten der Verkehr im Hause gestattet worden.

Deutschenerberichtigung. In dem Verzeichnis der unter militärischer Leitung gestellten Betriebe heißt es unter 6 nicht „Kaufverlehrsvereins“, sondern „Kaufverlehrsvereins“. Berlin-Johannisthal.

Die Ukraine bei den Friedensverhandlungen.

Drest-Litowsk, 2. Februar. Gestern nachmittag fand unter Teilnahme sämtlicher Delegationen, einschließlich der inzwischen in Drest-Litowsk wieder eingetroffenen Abordnung der ukrainischen Rada eine Vollsitzung statt, die zum Zweck hatte, die Stellungnahme der beteiligten Regierungen zu der ukrainischen Zentralrada endgültig zu klären.

Herr Sewrjuz gab bekannt, daß anstatt des bisherigen Vorsitzenden der Abordnung der ukrainischen Rada er selber den Vorsitz übernehme.

Der Redner wies dann auf das Universal III der ukrainischen Zentralrada vom 7. November a. St. hin, womit die ukrainische Volksrepublik proklamiert und deren internationale Stellung bestimmt worden sei. Die internationale Stellung der ukrainischen Volksrepublik sei damals sowohl durch den Rat der Volkskommissare als auch durch die Vertreter der vier verbündeten Mächte anerkannt worden. Die Anerkennung der Ukraine als unabhängiger Staat durch die Regierung der Volkskommissare gehe aus den Erklärungen Herrn Trozki in den Sitzungen am 10. und 14. Januar d. J. hervor.

Auf die Frage des Staatssekretärs v. Kuhlmann, ob der Vorsitzende der russischen Delegation die ukrainische Delegation als einen Teil der russischen Delegation ansehe oder ob die ukrainische Delegation als Vertretung eines selbständigen Staates anzusehen wäre, habe Herr Trozki damals geantwortet: „Da die ukrainische Delegation hier als selbständige selbständige Delegation aufgetreten ist und da wir vorgeschlagen haben, ihre Teilnahme an den Verhandlungen anzuerkennen, ohne irgendwelche Beschränkungen laut werden zu lassen, da ferner von keiner Seite vorgeschlagen wurde, die ukrainische Delegation zu einem Teile der russischen Delegation zu machen, so scheint mir, daß sich diese Frage von selbst erledigt.“

Im Sinne dieser Erklärungen sei denn auch während des ganzen Ganges der Verhandlungen bis zur letzten Unterbrechung die ukrainische Delegation von allen Konferenzparteiern stets als die Delegation eines unabhängigen Staates

angesehen worden. Nach der Unterbrechung habe nunmehr Herr Trozki versucht, unter Bezugnahme auf irgendein ihm zugekommenes Telegramm, wonach angeblich die Mehrheit der Kiewer Garnison sich gegen die ukrainische Zentralrada erhoben hätte, die Stellung und Rechte der ukrainischen Delegation zu leugnen, wobei er sich auf das bis dahin nie erwähnte Vorhandensein des Exekutivauschusses in Charkow berufen habe. Die ukrainische Delegation halte es für notwendig, festzustellen, daß die von Herrn Trozki in dieser Sitzung gehaltenen Rede in vollständiger Widersprüche zu allen seinen früheren Erklärungen stehe, weshalb sie gestungen sei, folgende Erklärung abzugeben:

„Wir sind durchaus einer Ansicht mit Herrn Trozki, daß in dem staatlichen Leben der Ukraine Veränderungen vorgekommen sind, die aber ganz anderer Natur sind als die, auf welche Herr Trozki hinwies. Das Wesen dieser Veränderungen steht im Zusammenhang mit dem IV. Universal der ukrainischen Zentralrada vom 24. Januar. In diesem heißt es: „Von nun an bildet die ukrainische Volksrepublik einen selbständigen, von niemand abhängigen, freien und souveränen Staat des ukrainischen Volkes.“

Hierzu müsse er bemerken, daß die Regierung der ukrainischen Volksrepublik besteht gewesen sei, einen Band aller Republiken zu schaffen, welche auf dem Gebiete des früheren russischen Kaiserreiches entstanden seien, und eine gemeinsame föderative Regierung in Rußland zu bilden. Da aber bis zur Erlassung des vierten Universalis trotz aller Versuche der ukrainischen Regierung ein derartiges, gemeinsames föderatives Organ nicht zustande gekommen sei, und da aus der augenblicklichen Lage hervorgehe, daß ein solches auch nicht zustande kommen könne, so habe die ukrainische Zentralrada die Bildung einer föderativen Regierung fallen lassen müssen und habe durch das IV. Universal die Ukraine zum ganz selbständigen und von niemand abhängigen Staat proklamiert. Die ukrainische Rada habe in demselben Universal erklärt, daß sie mit allen angrenzenden Staaten in Frieden und Freundschaft leben wolle, daß aber kein einziger von ihnen sich in das Leben der selbständigen ukrainischen Republik einmischen dürfe, folglich habe das IV. Universal in klarer Weise sowohl die internationale rechtliche Stellung der ukrainischen Volksrepublik als auch ihre Politik gegenüber ihren Nachbarn bestimmt. Was die von Herrn Trozki angeführten Argumente anbelange, so entbehren diese jeder Bedeutung. Die Verurteilung darauf, daß in der ukrainischen Volksrepublik der Exekutivauschuss in Charkow die Interessen der arbeitenden Massen besser vertrete, sei leicht zu widerlegen; sie betreffe aber das Gebiet der inneren Beziehungen, welche nicht der internationalen Kontrolle unterliegen. Noch weniger überzeugend sei die Meinung Herrn Trozki's darauf, daß die ukrainische Delegation keine Berechtigung habe, weil sie nicht vom Exekutivauschuss in Charkow anerkannt sei; nach diesem Argument müßte in erster Linie die russische Delegation ihre Vollmachten niederlegen, da in ihm weder Vertreter der Rada, noch der Krimitariaten, noch der Donkosaken, noch der kaukasischen Völkern, noch Siditiens vertreten seien, welche ebenfalls nicht die Regierung des Kaisers der Volkskommissare anerkennen.

In einer so hohen Versammlung, wie es die Friedenskonferenz sei, scheine das von Herrn Trozki angewendete Mittel, die staatlichen Rechte der ukrainischen Zentralrada auf Grund irgendeines Telegramms aus Petersburg zu bestritten, offenbar unzulässig.

Mit durchaus richtigem Rechte könnte sich die ukrainische Delegation auf einen Punkt berufen, der in der zweiten Hälfte des Januar a. St. meiste, daß sich einige Regimenter in Petersburg zur Verteidigung der konstituierenden Versammlung gegen die Regierung der Volkskommissare erhoben und das dort auf den Straßen Kämpfe mit ungunstigen Ausgange für die bestehende Regierung nachgesunden hätten. Dem Beispiele des Herrn Trozki folgend könnte die ukrainische Delegation auf Grund dieses Telegramms verlangen, daß die Delegation des Rates der Volkskommissare nicht mehr anerkannt werde, was sie jedoch nicht tue, da sie das als eine russische Frage ansehe. Um nun neuerlichen falschen Auslegungen von irgend welcher Seite vorzubeugen und für die Zukunft Erklärungen der russischen Delegation zu vermeiden, die untereinander im Widerspruch stehen, schlage die ukrainische Delegation vor, die ukrainische Republik als einen durchaus selbständigen und von niemand abhängigen Staat formell anzuerkennen und damit endgültig sowohl deren internationale Stellung als auch die Berechtigung der Delegation festzustellen.

Gegenerklärung des ukrainischen Exekutivauschusses.

Darauf gab auf Aufforderung des Herrn Trozki der der russischen Delegation angehörige Vertreter des ukrainischen Exekutivauschusses Herr Kjedowjedjew eine Erklärung ab, in welcher er ausführte, in Drest-Litowsk habe die ukrainische Delegation der ukrainischen Volksrepublik nur die Delegation der Kiewer Rada gesprochen. Die ukrainischen Sowjet's seien hier nicht vertreten gewesen. Der ukrainische Exekutivauschuss habe von Anfang an die Kiewer Rada nicht für berechtigt gehalten, im Namen des ukrainischen Volkes zu sprechen. Die Kiewer Delegation habe hinter dem Rücken des ukrainischen Volkes Verhandlungen geführt, geheim in vier Bänden, abgehandelt von der russischen Delegation, die Kunde hiervon habe die Grundbesitzer der Gegend der Kiewer Rada erschüttert. Das ukrainische Volk wolle allerdings schnellen Frieden, aber es wolle diesen zusammen mit der ganzen russischen föderativen Republik. Was die jetzigen Friedensverhandlungen betreffe, so ließe der Exekutivauschuss der ukrainischen Republik ganz auf jenen Grundbesitzern des denotroffischen Friedens, die durch die russischen Sowjets behängt worden seien: Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, der den Völkern das Recht der Selbstbestimmung sichere. — Was die okkupierten Gebiete anbelange, so habe der Exekutivauschuss ganz

den Standpunkt, den die russische Delegation hier vertreten habe, und erkläre, daß das ukrainische Volk irgendwelche Uebereinkommen und Verträge mit der Kiewer Rada nicht anerkennen werde und daß dieselben nicht zum Leben gelangen würden, wenn sie nicht durch die Delegation der föderativen russischen Republik anerkannt und genehmigt worden seien.

Trozki.

Anknüpfend hieron führte Herr Trozki aus, es sei in keiner Weise zu bestreiten, daß er hier kürzlich erklärt habe, die zwischen der Kiewer Rada und der Petersburger Regierung bestehenden Konflikte könnten keinen Einfluß darauf ausüben, daß er die Ukraine als unabhängigen Staat anerkenne. Die Anerkennung der Selbstständigkeit oder Unabhängigkeit eines Staates könne aber nicht mit der Anerkennung dieser oder jener Regierung verknüpft werden.

In dem Augenblick, als die Frage der Anerkennung der Delegation der Kiewer Rada hier praktisch wurde, habe der Trozki der Selbstbestimmung der Ukraine bei weitem noch nicht endgültige Formen angenommen gehabt. Die Kiewer Rada lehne eine Beteiligung an der föderativen russischen Republik ab, und dies erfolge jetzt, nachdem auf dem dritten Kongreß der Sowjets unter Teilnahme von Vertretern des ukrainischen Volkes der russische Staat als föderative Republik anerkannt worden sei.

Die Mittelmächte hätten ein Interesse daran, ihr Verhältnis zur Ukraine in materieller Hinsicht präzisieren zu können, damit sie nicht fiktive Größen für tatsächliche ansehen. Gerade deshalb halte er es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß in manchen Kreisen die separatistischen Tendenzen im heutigen revolutionären Rußland überhäufig würden. In den Randgebieten des früheren russischen Reiches seien gerade jetzt diejenigen Klassen, Gruppen und Schichten die Träger der separatistischen Gedanken, welche unter dem alten Regime in härtester Weise für den Zentralismus eingetreten seien. Je mehr sich die Macht der Sowjets im ganzen Lande festige, desto mehr verlor die bestehenden Klassen ihre separatistischen Tendenzen auf die Randgebiete. Die Vertreter der Mittelmächte könnten hier natürlich nicht die Rolle eines Schiedsrichters über die jetzigen Verhältnisse in Rußland und in der Ukraine übernehmen. Er müsse jetzt, wo auch Vertreter des ukrainischen Exekutivauschusses in den Verband der russischen Delegationen eingetreten seien, mit doppeltem Nachdruck wiederholen, daß nur beratige Abkommen mit der Kiewer Rada die Anerkennung finden könnten, welche auch von Seiten der russischen Delegationen anerkannt würden.

Lubinski gegen Trozki.

Hierauf erbat das Mitglied der ukrainischen Delegation, Herr Lubinski, das Wort: Die Mitglieder der ukrainischen Freundschaftsdelegation sind stets auf dem grundsätzlichen Standpunkt geblieben, daß die in Drest versammelten Vertreter derjenigen Staaten, die einen Friedensschluß anstreben, sich nicht über innere Angelegenheiten ihrer Gegner auszusprechen haben. Da aber jetzt die vollständige Unabhängigkeit unserer Republik proklamiert worden ist, werden diese Fragen auf innere Fragen für uns zu sein. An dem Statut dieser Republik haben im Laufe dieses Jahres verschiedene Regierungen gestanden. Das Jahr hat begonnen unter dem Spektel eines Kaisers und es endigte, nachdem es die Stadien einer kaiserlichen und einer sozialdemokratischen Regierung durchlaufen hatte, genau mit denselben Schwierigkeiten auf den Straßen Petersburgs und mit den eifrigen Vorbereitungen der bolschewistischen Regierung zur

Vertreibung der konstituierenden Versammlung.

welche auf den einzig annehmbaren Grundlagen eintreten war. Nur in einer einzigen Beziehung sind alle diese verschiedenen Regierungen durchaus solidarisches geblieben: In ihren kapitalistischen Bestrebungen und in ihrem geringen Wunsche, die neu entstehenden Völker zu erbroffeln und alles unter ihre mächtige Hand zu bekommen. Die bolschewistische Regierung entfernte sich in Uebereinstimmung mit den Ideen ihrer Parteien, entschieden von den föderativen Idealen, welche die Führer der nicht herrschenden Völker befehlten. Aber im Andenken an ihre Vorgänger auf den Thronen, welche nicht nur durch die gemeinsamen Anstrengungen der sozialen, sondern auch der nationalen Revolution gestützt worden sind, hat die Regierung der Bolschewiki das Prinzip der Selbstbestimmungsrechtes der Völker nur zu dem Zwecke proklamiert, um desto entschiedener dieses Prinzip in seiner praktischen Durchführung zu belumpfen.

Die lauten Erklärungen der Bolschewiki über die vollkommene Freiheit der Völker Rußlands sind nur grobe demagogische Mittel. Die Regierung der Bolschewiki, welche die konstituierende Versammlung aufbehalten wollte, hat sich nur auf die Palanette der Soldner der roten Garde stützt, wird sich nie dazu entschließen, in Rußland selbst die hoch gerachteten Prinzipien des Selbstbestimmungsrechtes durchzuführen.

Lord Lansdowne über Hertling und Czernin.

Frieden sobald als möglich.

London, 1. Februar. In seiner Antwort an die Schriftsteller- und Journalistenabordnung, die Lord Lansdowne wegen seines Briefes an „Daily Telegraph“ eine Anerkennungsende überreicht hatte, sagte Lansdowne weiter: Man könnte von mir sagen, daß ich nach dem Wunde schreie, nach Dingen, welche so weit außerhalb unserer Reichweite liegen. Man kann mich auf die Rede Hertlings verweisen und ich gebe zu, daß die Rede sehr enttäuschend ist; sie scheint mir drohend und unangenehm zu sein, aber ich bin geneigt, Hertling einiges zuzugestehen zu halten. Ich glaube, niemand wäre mehr überrascht als er, wenn er erfähre, wir würden Gibraltar, Hongkong oder irgendeinen anderen Keimen Teil der Erde ausliefern, denn zu gleicher Zeit hielt Czernin seine Rede, welche so viel hoffnungsvoller war.

Wir wünschen sehr, daß der Friede sobald als möglich erreicht werden möchte und wir vertrauen darauf, daß nicht unnötigerweise weitergeklämpft wird, in der übertriebenen Eile, in eine Friedensfrage zu geraten. Endlich hoffen wir, daß unsere Regierung in Verfolg dessen auf diese Bedingungen hin nichts unversucht lassen wird, mag es noch so schwierig sein, und keinen Weg unbeschritten lassen wird, mag er noch so voller Hindernisse scheinen.

Litauen und das freie Selbstbestimmungsrecht.

In der Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages am 24. Januar sprach nach dem Reichskanzler der Parteiführer der Nationalliberalen Dr. Stresemann. Er führte u. a. aus: „Was die Frage des Selbstbestimmungsrechtes mittels des gleichen Wahlrechtes anbelangt, so ist zu bedenken, daß in Litauen politische Schulung nicht vorhanden ist und daß es dort 70 bis 80 Prozent Analphabeten gibt.“ Das Litauische Press-Bureau zu Konstantinopel berichtet diese Äußerung des Herrn Dr. Stresemann folgendermaßen:

Die russischen Statistiken die Fremdvölker betreffend sind unzutreffend. Sie befanden 54,9 Prozent Analphabeten, d. h. Personen, die russisch lesen und schreiben können. Während der russischen Willkürverwaltung lernten die meisten

litauischen Eltern ihren Kindern heimlich litauisch lesen und schreiben angelehrt des russischen Verbotes. In anbetrach dieser Tatsache dürfte man eine Zahl von 80 bis 90 Proz. Analphabeten (litauisch lesend und schreibend) als genau annehmen. Litauen wünscht kraft des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker über sein Schicksal ohne Hemmung und Zwang zu entscheiden.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 1. Februar. Im mittleren und westlichen Mittelmeer wurde in letzter Zeit besonders der Transportverkehr nach Italien und Frankreich gestört. Dabei wurden 5 Dampfer und 1 Segler mit über

23 000 B.-R.-T.

verloren. Die Dampfer waren bis auf einen bewaffnet und meist tiefbeladen. Die Mehrzahl wurde in geschickt durchgeführten Angriffen aus stark gestärkten Geleitzügen herausgeschossen, darunter ein großer Truppentransportdampfer, der unter starker Personenerbedeckung fuhr, also wohl besonders wertvoll war. Der verlorene englische Segler Maria F. war mit Wein nach Malta unterwegs.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Amlich, Berlin, 2. Februar. Nicht unter der englischen Ostküste wurden durch unsere U-Boote bei harter Bemühung und Gegenwirkung kürzlich sechs Dampfer sowie der englische Schlepper Desire mit zwei Motorbooten versenkt. Die Dampfer waren fast durchweg tief beladen. Einer von ihnen mit Holz.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Alldeutsche Klassenscheidung.

Der Sozialdemokratie wird vorgeworfen, daß sie das Volk in zwei Teile spalte und die notwendige Einheit nach außen hin zerstöre. Dabei finden wir den Drang nach einer Erhaltung des deutschen Volkes zurzeit nirgends schärfer ausgeprägt als bei den Alldeutschen. Nur daß ihre Scheidung von sehr naiven Gesichtspunkten ausgeht. So spukt in der alldeutschen Presse schon seit Kriegsanfang jene Chamberlainsche Theorie von den zwei verchiedenen Klassen innerhalb Deutschlands; der langschädigen und blondhaarigen germanischen Edelrasse und dem minderwertigen Mißvolk der großen Städte, Industriebezirke usw. Schärftester Ausdruck verleiht der alldeutschen Volkspaltungstheorie die „Deutsche Zeitung“, die unter der Ueberschrift „Die beiden Deutschland“ an der Spitze ihres Blattes schreibt:

Zwei Deutschland gibt es innerhalb der Reichsgrenzen. So unfaßlich das scheint, aber allem in einem Weltkrieg scheint. Dieser Zweifelsakt ist aber Tatsache, und Tatsache muß man klar erkennen, nicht um sich schwächlich drein zu finden, nein, um sie kräftig anzupacken. Tatsache ist: zwei Deutschland gibt es innerhalb der Reichsgrenzen.

Das eine, völkische, wagt in der großen, alten Vergangenheit, in deutscher Geschichte und Kultur, es steht auf Macht, es will Sicherung, es erkennt die deutschen Notwendigkeiten: Auf und ruht die Last Europas. (Friedrich der Große.) Es erstrebt „das Maß von Freiheit, das mit der Sicherheit des Ganzen irgend vereinbar.“ (Bismarck.) Es weiß, daß wir das Erzeugnis stets wieder zu verteidigen haben. (Moltke.) Ihm gilt tatsächlich Deutschland, das so ganz eigenartige Land und Volk, über alles. Das andere Deutschland hängt an seinem Volkstum nicht. Es denkt und fühlt übermäßig oder wahnhaft zu tun. Die harte große Vergangenheit ist ihm „Bebrückung“, die große reiche Kultur „Rückständigkeit“. Macht? Nein. Versöhnung, Sicherung? Nein: Verbrüderung, Pflicht, Hingabe an die Allgemeinheit? Nein: Freiheit, „Demokratie“, wie jene parlamentarischen Musterländer und freudlichen „Demokratien“, die uns seit 1914 mit allen Mitteln bekämpfen. Nicht Deutschland, nein, Partei und Klasse über alles.

Die Alldeutschen betrachten sich also bereits als ein besonderes Volk innerhalb Deutschlands. Ihr Ideal ist die Macht, und nackte brutale Gewalt ist das Allheilmittel, das ihre Organe in allen Situationen predigen. Ein kluger Franzose hat allerdings einmal gesagt: man könne mit den Bonnetten alles erreichen, nur sitzen könne man darauf nicht. Aber die Alldeutschen glauben, auch auf den Bonnetten sitzen zu können. Denn: das eine völkische Deutschland „steht auf Macht“.

Letzte Nachrichten.

Der Streik in Holland.

Amsterdam, 1. Februar. Der für Montag angeordnete Streik geht nicht von der sozialdemokratischen Partei, sondern von der Organisation der revolutionären sozialdemokratischen Arbeiterpartei aus. Das offizielle Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, „Het Volk“, beurteilt in einem Leitartikel diese Bewegung, die, wie das Blatt sagt, in der Hoffnung unternommen werde, eine Schrankenlosigkeit herbeizuführen, die jede geordnete gesellschaftliche Aktion unmöglich machen würde.

Den Mitgliedern der großen sozialdemokratischen Gewerkschaften wurde von ihren Führern abgeraten, an dem Streik teilzunehmen.

Gorkis Blatt verboten.

Bern, 2. Februar. „Corriere della Sera“ meldet aus Petersburg: „Komsa Ehsa“, das Blatt Maxim Gorkis, wurde trotz seiner extremen Tendenz wegen seiner Kritik an den Regierungsmassnahmen Lenins verboten.“

Den „Vorwärts“ zu abonnieren

hat jetzt jeder denkende Arbeiter mehr denn je Anlaß. Warum? Diese Frage wird sich jeder Leser selbst beantworten können. Dann wird er dafür sorgen, daß der folgende Bestellzettel nicht unbenutzt bleibt:

Ich abonniere ab 1. Februar 1918 den „Vorwärts“.
Abonnement monatlich 1,50 M.
Name _____
Wohnort _____
Straße _____ Nr. _____

Gewerkschaftsbewegung

Wilhelm Dreher †

Abermals hat der Tod in der Organisation des Buchdruckerverbandes eine empfindliche Lücke gerissen. Nachdem wir erst in der geistigen Nummer des "Solidarität" das Ableben Döhlins mitteilen mußten, kommt die Nachricht aus Hamburg, daß dort der langjährige Gewerkschafter Wilhelm Dreher im Alter von 60 Jahren verstorben ist. Von ihm darf gesagt werden, daß er sich nicht nur durch seine aufopfernde Tätigkeit für die Sache der Organisation, sondern auch durch seine angenehmen und sympathischen Umgangsformen das Vertrauen und die Liebe seiner Berufsgenossen in weitestem Maße erworben hat. Der Verstorbene war auch lange Zeit im Tarifausschuß tätig, dort hat er nach besten Kräften für die Sache seiner Kollegen gewirkt.

Die Nachricht von dem Tode dieses prächtigen Menschen wird um so mehr überrassend, als er sich stets einer gewissen körperlichen Mäßigkeit und geistigen Frische erfreuen konnte.

Einen erfreulichen Mitgliederzuwachs

konnte am Ende des Jahres 1917 der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter buchen.

Während im Januar des vorigen Jahres immer noch ein kleiner Rückgang von 383 Mitgliedern verließ, war einen Monat später bereits eine Zunahme von 700, am 1. Juli eine solche von nahezu 2000, am 1. Oktober von 4500 und Ende Dezember 1917 sogar eine Mitgliederzunahme von 7400 verzeichnen. Der Verband schritt in das neue Jahr mit 83.000 Mitgliedern. Von der gegenüber der Friedenszeit ganz anders gearteten Mitgliederzusammensetzung zeugt die Tatsache, daß dem Verbande gegenwärtig fast 7000 weibliche Mitglieder angehören und daß das Durchschnittsalter der verbliebenen männlichen Mitglieder nahezu an 50 Jahre grenzt. Das Verbandsorgan "Die Gewerkschaft" betont, daß der Tod auch unter den nahegebliebenen reichliche Ernte halte. Die mangelhafte Ernährung und die erheblich erhöhten Anforderungen führten notwendigerweise zu vermehrter Krankheit und Tod.

Damit im Zusammenhang siehe auch die ungünstige Lage der Verbandsfinanzen. Letztere soll durch die im Fluße befindliche Reorganisation des Beitragswesens behoben werden.

Der Verband der Schiffszimmerer plant an Stelle des bisherigen einheitlichen Beitrags die Einführung von zwei Klassen. In der ersten soll der Beitrag 1 M., in der zweiten Klasse 80 Pf. betragen.

Der Verbandsvorstand stellt eine Reihe von Anträgen auf Neuorganisation der Unterstufungseinrichtungen und der Beiträge zur Diskussion. Die im Vorschlag gezeichnete Beitragssteigerung beträgt 80 Pf. pro Woche, denen Erhöhungen der bisherigen Unterstufungen um 75 Proz. gegenüberstehen.

Ueber die Wahl der Beitragsklasse, die für ihre Mitglieder gelten soll, hat jede Zahlstelle selbst zu entscheiden. Beispielsweise eine spätere Urabstimmung die Annahme der Anträge des Zentralvorstandes, so sollen die neuen Wochenbeiträge am 1. Juli d. J. die erhöhten Unterstufungsklassen am 1. Januar 1919 in Kraft treten.

Auch im Organ des Verbandes der Buch- und Steinbrucker-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands wird die Frage der Beitragssteigerung erörtert. Hier wie in den übrigen Verbänden sind die Gründe, die eine Erhöhung der Beitragsbeiträge zur Notwendigkeit machen, im wesentlichen die gleichen. Es ließe sich in der "Solidarität" darauf aufmerksam machen, daß die erhöhten Ausgaben der Hauptklasse in absehbarer Zeit ein Defizit zeitigen werden. Hinzu kommt, daß die bisher geleisteten Unterstufungsklassen in Anbetracht des gemeinsamen Geldwertes nicht mehr genügen. Zudem bestünde die Aussicht auf größere Arbeitslosigkeit im Verlaufe der Organisation einen sicheren Rückhalt zu schaffen, damit sie bei Lohnbewegungen, Arbeitslosigkeit und Strafbuß auf ausreichenden Schutz und Hilfe rechnen könnten. Vorgeschlagen wird unter Aufhebung der zwei niedrigsten Beitragsklassen die Erhöhung des Beitrags in der 5. und 6. Klasse um 20 und 30 Pf. Ein anderer Vorschlag sieht für die 5. Klasse eine Steigerung des Beitrags um 10 Pf., für die 6. Klasse um 20 Pf. vor. In dieser und der Tariffrage, die im Frühjahr zur Entscheidung steht, soll ebenfalls ein außerordentlicher Verbandstag Stellung nehmen.

22 000 neue Mitglieder.

Das ist das Ergebnis, das der Deutsche Holzarbeiterverband am Ende des Jahres 1917 verzeichnen konnte. Noch im vierten Quartal 1916 betrug die Gesamtmitgliedszahl 68.249, 60.189 männliche, 8173 weibliche und 688 jugendliche Mitglieder. Im dritten Quartal 1917 konnte der Verband bereits 88.557 Mitglieder müßern, und zwar 68.502 männliche, 17.939 weibliche und 2116 jugendliche Mitglieder. Obwohl nun bei der am Schluß des Jahres 1917 erfolgten Arbeitslosenabnahme eine Reihe von Zahlstellen nicht berücksichtigt wurden, konnten doch bereits 90.115 Mitglieder festgestellt werden. Zu einem wesentlichen Teil ist die Mitgliederzunahme der Steigerung der Zahl der weiblichen und jugendlichen Mitglieder zu danken, doch hat auch die Zahl der männlichen Mitglieder wieder eine bedeutende Zunahme erfahren.

Vor dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins verlangten kürzlich, wie wir berichteten, zwei Schlosser der Firma St. in Pantow den Abtritt der Firma, weil der Meister sich von dort beschäftigten Schlossern Schmiergelber zahlen ließ, um dann denselben bessere Arbeit zu geben. Die Firma St. ersucht uns jetzt nun um Aufnahme folgender Aufschrift:

Der Firmeneinhaber hatte keinerlei Kenntnis, daß der Meister mit den Arbeitern Zahlung von Schmiergelbern vereinbarte (es kam dies nur zweimal vor), er ist sofort nach dem ersten ihm zur Kenntnis gekommenen Fall dagegen eingeschritten. Der Schlosser, der vor dem Kriegsausschuß die Sache zur Sprache brachte, ist, wie er selbst behauptet, auf diese Vereinbarung nur eingegangen, um dadurch den Abtritt zu erlangen, anstatt sofort davon Meldung zu machen. Nachdem die Angelegenheit klargestellt und die Verhandlung beendet war, verlangten die Beschwerdeführer trotzdem den Abtritt, der ihnen vom Kriegsausschuß verweigert wurde, weil kein Grund dazu vorlag.

Parteinachrichten.

Die Kandidatur Breitscheid und die Spartakusmänner.

Die "Arbeiterpolitik" schreibt: Arthur Stöckhagen ist gestorben. Niederbarnim ist verwaist. Es muß also einen neuen Vormund bekommen, dem seine Wähler ihre politischen Geschicke bis zur nächsten Wahl anvertrauen können. Die Unabhängigen wollen dieses würdige Amt einem der Ihren anvertrauen. Wer wollte ihnen das verweigern! Es heißt nun, daß Herr Rudolf Breitscheid der Erforene ist. Herr Breitscheid kam von den Raumännern her, war bis zum Kriege eine bewährte Stütze des Herrn Stämpfer, dessen Korrespondenz er in der Abwesenheit ihres Herausgebers leitete, und ging im Kriege zu den Sozialpolitikern über, an deren Korrespondenz er sich mit Kautsky, Bernstein und Ströbel beteiligte. Man sieht, Herr Breitscheid hat sich entwickelt; auch ist er redegabig, lebenswürdig, recht von Herzen pazifistisch, kurz: er ist der Mann, der vor allem auch die bürgerlichen Wähler Niederbarnims zu sich herüberziehen wird. Er hat also viel Aussicht auf Erfolg, und da den Unabhängigen das Mandat alles und die Arbeit der Politik nichts ist, so ist Herr Breitscheid ganz ihr Mann.

Die "Arbeiterpolitik" lehnt die Auffstellung eines eigenen linksradikalen Kandidaten aber für so lange ab, als sich die Linksten nicht endgültig von den Unabhängigen losgelöst haben. Dagegen verlangt die "Arbeiterpolitik" eine Gegenkandidatur eines linksradikalen gegen Breitscheid: "Was an dem ganzen Fall Breitscheid interessiert, ist die allmähliche Verschiebung der Unabhängigen Sozialdemokratie nach rechts, gegen die wenigstens diejenigen ihrer Mitglieder, die zur "Gruppe Internationale" gehören, sich zu wenden ebenso berechtigt wie verpflichtet sind. Sie wären Toren, wenn sie ruhig mit ansehen wollten, daß einer der sichersten unter den Wählkreisen der Unabhängigen Sozialdemokratie mit einer durchaus radikalen Wählerschaft einen parlamentarischen Vertreter erhalten soll, der ... doch immer auch während seiner Inappetenz Parteitätigkeit eine verhängnisvolle Neigung gezeigt hat, nach rechts zu steuern."

Plauen für die Partei.

Am Sonntag vor acht Tagen fand in Plauen eine sehr zahlreich besuchte Kreisversammlung des 23. sächsischen Wahlkreises statt. Die Konferenz war nötig geworden, um zu dem Uebertritt des Abgeordneten Jädel zu den Unabhängigen Stellung zu nehmen. Jädel war zu der Versammlung erschienen, um den Wahlkreis mit sich in das unabhängige Lager hinüberzuführen. Das einleitende Referat über die politische Situation und die Parteiverhältnisse erstattete Genosse Gradnauer. Nachdem dann Jädel seinen Uebertritt zu rechtfertigen versucht hatte, sprachen in der Debatte Genosse Sindermann und unsere Genossen aus dem Kreise, die sich durchweg gegen die Parteierklärung wandten. Nach Schlußworten Jädel's und Gradnauer's nahm die Kreisversammlung mit mehr als 200 Stimmen gegen etwa 80 bis 40 Stimmen eine Entschließung an, in der sie erklärte, treu auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei verbleiben zu wollen.

Industrie und Handel.

Die Besteuerung von Industrien.

Von Zeit zu Zeit laufen Nachrichten durch die Presse, daß die Regierungen Industrien zu besteuern planen. Richtiger sollte von indirekten Steuern auf Industrieerzeugnisse gesprochen werden, deren Ueberwälzung auf die Masse oder Verbraucher vielleicht nur bei ungünstiger Konjunktur da oder dort mißlingen kann. Das ist wenigstens das Wahrscheinliche. Möglich wäre es allerdings auch, die Industrien zu Produktions- und Wirtschaftsverbänden zu vereinen und den Erzeugungsgewinn zu besteuern, indem diese Verbände zugleich als Steuergemeinschaften figurieren. Doch ist auch auf diesem Wege eine scharfe Belastung der Verbraucher durch Erhöhung der Preise möglich. Reglementierung der Produktion durch den Staat ist eben nur fruchtbar und sozial nützlich, wenn der Staat ein Volkstaat ist. Es ist höchst charakteristisch, daß in dem angeblich so sozial vorgeschrittenen Deutschland die Kriegsgewinne mit jedem Jahre stärker anschwellen, während in dem "plutokratischen" Amerika der als Anwalt der Kapitalisten verschrieene Präsident Wilson die Kraft hatte, die Einnahmen des Stahltrustes, der größten Aktiengesellschaft der Welt, mit fünf Milliarden Mark Aktienkapital, im Vergleich zu den Vorjahren in folgender Weise zu drücken:

	1916	1917
L. Vierteljahr	60 718 000 Doll.	118 121 000 Doll.
II.	81 128 000	90 580 000
III.	85 817 000	68 244 000
IV.	105 868 000	59 724 000
Zusammen	333 624 000 Doll.	331 690 000 Doll.

Es sei erwähnt, daß neben Steuern auf Bier und Branntwein im besonderen Steuern auf Elektrizität und Textilerzeugnisse genannt werden.

Die Vereinigung elektrotechnischer Spezialfabriken (Berlin) hat in ihrer letzten Jahresversammlung folgenden Beschluß angenommen, um damit ihre Stellungnahme zu der einseitigen Elektrizitätsversorgung darzulegen: Die Vereinigung elektrotechnischer Spezialfabriken hält eine Entwidlung der Elektrizitätsversorgung, wie sie unter staatlicher Führung jetzt eingeleitet ist, für gesund und richtig. Sie wünscht eine weiterschreitende Beteiligung der Bundesstaaten an der Elektrizitätsversorgung unter voller Wahrung der Interessen der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, insbesondere der Kommunen. Sie ersucht die Reichsregierung, keine Maßnahmen zu treffen, welche von diesem als richtig anerkannten Wege ablenken. — Dieser Beschluß geht offenbar aus der bekannten Sorge der Installationsindustrien hervor, die bei einer privaten Monopolisierung alles zu fürchten haben.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin, ohne die Schöneberger, Wilmersdorfer und Dahlemer Bahn, befreiterte im Januar 1918 12 753 431 Personen gegen 9 206 766 Personen im gleichen Vorjahrsmonat. Die Einnahmen betrugen 1 727 813 M. gegen 1 243 930 M. Die Flachbahn Warschauer Brücke—Lichtenberg verzeichnete im Januar 1918 28 392 M. gegen 19 054 M. in der entsprechenden Vorjahrszeit.

Die Einnahmen der Großen Berliner Straßenbahn und der von ihr mitverwalteten Bahnen betrugen im Januar 1918 (vorläufig) 5 748 963 M. (Januar 1917 (endgültig) 5 056 541 M.). Der Tagesdurchschnitt stellte sich 1918 auf 185 888 M. (1917: 163 114 M.). Bei der Großen Berliner Straßenbahn allein wurden im Januar 1918 (vorläufig) 4 690 784 M. (Januar 1917 (endgültig) 4 084 207 M.) eingenommen. Der Tagesdurchschnitt betrug 1918 150 541 M. (1917: 131 749 M.).

Die Oester.-Ungar. Bank

hat ihren Notenumlauf von 18,4 Milliarden Kronen mit 881 Millionen Kronen Gold, Goldwechseln und Silber oder mit 2 v. Z. gedeckt. Mit anderen Worten: die österreichischen Noten sind so gut wie nur Staatspapiergeld, deren Verringerung von der Unterbringung von Kriegsanleihen und Erhöhung von Steuern abhängt. Das unglaubliche Mißverhältnis zwischen dem Notenumlauf und dem besten Fall nur mildern, in absehbarer Zeit aber nicht beheben. Um so bedauerlicher ist es, daß die Goldsammlungen in Oesterreich fast betrieben wurden, daß die Staatsgewalt einen regen Schleichhandel in Gold nicht unterdrückte und überhaupt die wichtigsten Finanzgeschäfte viel laxer anpackte als die unter ungleich solideren Verhältnissen arbeitende deutsche Regierung. Für uns sind die finanziellen Verhältnisse Oesterreich-Ungarns, abgesehen von ihrer Bedeutung auf die Bündnisfähigkeit, insofern von Bedeutung, als eine Erhöhung oder Verringerung ihrer Sanierung auf das Verhältnis von Kronen und Mark einwirkt und dadurch die Handelsbeziehungen erschwert, besonders eine engere Verbindung gefährdet. Ganz richtig schreibt Georg Gothein im "Berliner Tageblatt": "Ein fundamentales Hindernis einer Zollunion ist schließlich die Valuta. Gewiß, auch die unsere ist jetzt minderwertig, wenn auch nicht entfernt so wie die österreichische. Aber wir können hoffen, sie bei solider Finanzpolitik in kurzer Frist nach dem Kriege wiederherzustellen. Ob das Oesterreich gelingen wird, steht nicht fest; es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß — wenn es ihm nicht gelingt, die Finanzen in Ordnung zu bringen — er weiter fällt bzw. sich nicht in dem Maß bessert als die deutsche. Eine unsichere Währung bedeutet aber steigenden Preiskurs; eine sinkende Währung, weil Rohstoffe und Exporterzeugnisse der Weltmarkierung nicht rasch folgen, wie eine Exportkrise. Voraussetzung jeder Zollunion ist daher gleiche Valuta, wobei eine Gleichheit des Münzwertes nicht notwendig ist. Die letztere bestand auch im Zollverein nicht, wohl aber legte dieser entscheidenden Wert auf die Vollwertigkeit der Währung und machte den von Oesterreich gemühten Eintritt mit Recht davon abhängig, daß es vorher seine Valuta in Ordnung gebracht habe."

Der französische Notenjammer.

In der französischen Kammer erklärte gestern der Deputierte Roulet, die Regierung glaube, daß Rußland heute seine Verpflichtungen verweigere. Als im Jahre 1905 zum erstenmal in Rußland eine revolutionäre Bewegung einsetzte, habe diese Frankreich gebeten, von einer Anleihepolitik Abstand zu nehmen, die eine ständige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands darstelle. Die französische Regierung habe sich damals dem Ansuchen gegenüber ablehnend verhalten und müsse heute ihren Fehler bezügelten. Frankreich habe an Rußland Milliarden verschleudert und dadurch nur die Korruption des ganzen Regimes erhöht. Der russische Bankrott, rief Roulet dem Finanzminister zu, ist ihr eigener Bankrott.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Albrecht Scholz, Neudamm; für Anzeigen: Theodor Glade, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Sonnblick-Verlag und Verlagsanstalt Paul Ehrler u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Hierzu 3 Beilagen.

A. WERTHEIM

Blusen der Reichsbekleidungsstelle

Stück 10⁰⁰ 10⁸⁵ 12⁰⁰ 13⁸⁰

(Abgabe nur gegen Berliner Bezugsschein gestattet)

Damen-Lederhandschuhe

- Ziegenleder weiß, mit Druckknopf . . . 3.90
- Ziegenleder weiß m. schwarz, 2 Drucken . 4.90
- Ziegenleder hellfarbig, 2 Knöpfe 4.90
- Ziegenleder weiß, schwarz und farbig, mit 2 Druckknöpfen 5.75
- Ziegenleder mit Ausstattung, farbig, mit 2 Druckknöpfen 8.50
- Schwedenstepper farbig u. schwarz, 2 Kn. 9.50

Damen-Stoffhandschuhe

- Trikot farbig und schwarz, halb m. Futter 68 Pf.
- Trikot farbig und schwarz, m. Druckkn 95 Pf.
- Trikot halb mit Futter, weiß und schwarz 1.55
- Leinen-Ersatz farbig mit Druckknopf . . 1.95
- Schweden-Ersatz farb. u. weiß, m. Druckkn. 2.50
- Schweden-Ersatz farbig, weiß, schwarz 3.50
- Schweden-Ersatz mit Ausstattung, farbig, mit 2 Druckknöpfen 3.90

Seidenstoffe

- China-Krepp weiß, schwarz und farbig, in guten Qualitäten Meter 27.75 bis 34.00
- Seiden-Kaschmir etwa 100 cm breit, prakt. Gewebe für Kleider, in mod. Farben. Meter 37.50
- Japan bedruckt, 60 und 90 cm, in großer Muster-Auswahl Meter 12.75 bis 19.75
- Blusenstreifen in verschiedenen Stellungen Meter 9.50
- Blusenschotten große Ausw., mod. Farbenstell. Kettdruckseiden (China) für Blusen, in modernen Mustern Meter 22.50

Kleiderstoffe

- Chappe-Voile bestickt, für Kleider u. Blusen, in großer Auswahl, etwa 110 cm breit, Mir. 19.50
- Kostümsstoffe schwarz u. marine, 130, 140 cm breit Meter 41.50 bis 55.00
- Halb- und ganzseidene Seidenstoffe stumple und glänzer de Gewebe in vielen Weibarten
- Blusenstoffe mit kunstseid. Streifen Mtr. 6.50
- Blusenstoffe aus Chappe-Seide, solides, stumpfes Gewebe in schönen Streifen Meter 9.00
- Blusen- u. Kleiderstoffe wollwollig Gewebe, in mod. Streif. u. Karus, etwa 110 cm br. Mir. 13.0

Weißwaren

- Blusenkragen a. Glasbatist, m. Spitze garu. 1.25
- Blusenkragen mit Rovers, aus Glasbatist, mit Spitze garniert 2.10
- Blusenkragen aus Glasbatist mit Handknötchen und Spitze garniert 2.50

- Blusenkragen aus Glasbatist mit Spitzen-Ein- und -Ansatz garniert 2.65
- Blusenkragen aus Glasbatist mit Handknötchen und Spitzen-Ansatz 2.75
- Blusenkragen a. Glasbat., u. br. Spitze garu. 3.75

Garnierte Übergangs-Hüte

- Moderne Strohbordenkappe 14.75
- Moderne Frauenform m. gesteckt. Kopf 15.50
- Strohborden-Glocke m. gesteckt. Seidenkopf 15.50
- Malciot aus Strohborden, mit Seidenkopf 19.50
- Große Glocke aus Strohborden u. Seide 27.50
- Kunstseidenhüte i. neuest. Form. 20.00 23.50
- Elegante Seidenhüte m. Blumen oder Band garniert 28.50 35.00

Putz-Artikel

- Moderne Phantasies Vogelköpfe oder Abschluß mit Paradiesreiter-Stielen . . . 6.75

- Moderne Glitterschleier mit und ohne Tupfen in großer Auswahl

- Sammelband mit Atlasrücken 25 Pf. schmal, in schönen Farben . . . Meter

Strumpfreparaturen das Paar 75 Pf., aus 3 Strümpfen 2, aus 2 Socken 1 — ohne neues Material

Die Revolution in Finnland.

Die letzte Januarwoche hat in Finnland einen neuen Akt revolutionärer Erschütterung beginnen lassen. Die Arbeiterschaft hat sich gegen die Regierung erhoben, der finnländische Senat wurde gestürzt. Am 24. Januar fand nach einer Meldung der „Kopenhagener Nationaltidende“ an Bord eines Kriegsschiffes in Helsingfors zwischen Mitgliedern der Regierung und dem sozialistischen Ausschuss der Flotte eine Zusammenkunft statt. Der Matrosenausschuss forderte vom Senat die Auslieferung der Waffen der Bürgergarde an die Rote Garde. Das war der Anfang einer Aktion, die noch nicht abgeschlossen ist. Am Dienstag gab eine Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur folgenden Bericht der Lage:

In Finnland ist die Revolution des Proletariats ausgebrochen worden. Der sozialdemokratische Ausschuss hat am Sonnabendabend eine revolutionäre Erklärung veröffentlicht, in der er ankündigt, daß die Gewalt ausschließlich der Arbeiterklasse und ihren Organen gehöre. Der allgemeine Aufruf hat in Helsingfors am Sonntag begonnen. In anderen Städten hängt die Erklärung des allgemeinen Ausschusses von örtlichen Umständen ab. Ein Aufruf ermahnt die fremden Untertanen sowie die friedlichen Bürger, sich an den Blägen, wo Kämpfe stattfinden sollten, feindlicher Handlungen zu enthalten. Der Hauptaufschub der Arbeiter hat den Belagerungszustand verhängt und das Tragen von Waffen außer für die Rote Garde verboten. Gegenrevolutionäre Handlungen und Blünderungen werden nach der ganzen Strenge der revolutionären Befehle bestraft werden. Nach einer späteren Meldung ist heute der allgemeine Aufruf erklärt worden, außer in den Berufen für Elektrizität und Gas, sowie in Apotheken, Krankenhäusern und Lebensmittelgeschäften. Die Ordnung wird von der Roten Garde und Miliz aufrechterhalten. Die staatlichen Einrichtungen befinden sich in den Händen der Roten Garde.

Der Senat wurde für abgesetzt erklärt. Nach einer Meldung des Svenska Telegrambyrån befand sich seit Sonntag ganz Südfinnland in den Händen der Roten Garde, die von russischen Soldaten unterstützt wurden, während in Nordfinland die bürgerliche Garde die Revolutionäre in Schach hielt. Maschinengewehraktivität im Innern von Helsingfors, Bränden, Sprengungen im Lande, Bewegungen von bürgerlichen Schutzkorps gegen Helsingfors wurden gemeldet. Am Dienstag teilte dasselbe Telegrammbureau mit: Der ausführende Arbeiterausschuss beschloß, den Arbeitern vorzuschlagen, eine Delegation des finnischen Volkes zu ernennen an Stelle des jetzt gefallenen gebildeten Senats. Bestimmt wurde: Diese Delegation soll, zusammen mit dem Zentralrat der Arbeiter und vom Rat kontrolliert, die Regierung ausüben, bis die Arbeiter anderes bestimmen. Die Regierung, die sozialdemokratisch sein muß, ist vorläufig folgendermaßen zusammengesetzt: Manner, Präsident, Sirola, Auswärtiges, Roopalaenen, Inneres, Letonmäki, Justiz, Kunninen, Unterricht, Robonen, Finanz, Lumimolko, Soziale Fragen, Floraula, Akerdau, Lokoi, Lebensmittel, Lindqvist, Verkehr und Post, Turko, Profurator. Der Zentralrat wird 35 Mitglieder zählen, nämlich zehn aus dem Parteirat, zehn aus der Volksorganisation, zehn Rotgardisten und fünf organisierte Helsingfors'er Arbeiter. Der Name Senat darf nicht mehr vorkommen.

Der Sonderberichterstatter der „Verlingste Tidende“ hatte in Helsingfors mit dem neuen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Manner eine Unterredung, in der dieser erklärte, das Programm Finnlands sei, mit allen Nachbarn, Skandinavien sowohl wie Rußland, freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten unter bestimmter Wahrung der Freiheit und Selbständigkeit Finnlands. Das innerpolitische Programm der Regierung werde erst später veröffentlicht, jedoch könne er jetzt schon sagen, daß es rein sozialistisch sei und unwiderruflich vollkommen durchgeführt werden würde, selbst wenn es zwischen den Bürgerlichen und der Roten Garde zu Kämpfen kommen sollte.

Inzwischen hat sich ein bürgerliches Meer unter Führung des Generals Grafen Mannerheim, als des Befehlshabers der Schutzkorps, von Norden aus in Bewegung gesetzt und zahlreiche Zusammenstöße mit Roten Garde gehabt. Entwürfungen von russischen Truppen fanden statt. Aus Bauernkreisen soll den Schutzkorps Zuflucht gekommen sein. Andererseits wurden russische Rote Garde nach Wiborg entsandt. Siege werden von beiden Seiten gemeldet. Helsingfors ist noch „Verlingste Tidende“ vollständig in den Händen des Arbeiterrates. Die Rote Garde nahmen die Stadt Aemi und behaupten sich in Wiborg. Tornea indessen wird von den Bürgerlichen gehalten. Der Sonderberichterstatter der „Verlingste Tidende“ in Helsingfors telegraphiert: „Mit ganzen kann die Lage dahin zusammengefaßt werden: Die neue revolutionäre Regierung ist bereits in einer äußerst schwierigen Stellung und scheint sich selbst darüber klar zu sein. Es verläutet mit Bestimmtheit, daß sie unter der Hand den bürgerlichen Parteien einen Vergleichsvorschlag gemacht hat. Hiernach sollen die Bürgerlichen in der Regierung 40 Sitze erhalten.“ Diese Nachricht dürfte indessen sehr mit Vorbehalt zu lesen sein. Einweilen deutet nichts darauf hin, daß der Bürgerkrieg sich schon bis zu einem Stadium solcher Erwägungen geflächt haben könnte.

Amsterdam, 1. Februar. Einem hiesigen Blatte zufolge erklärt die „Times“ aus Petersburg: Die finnische Regierung protestierte energisch gegen Rußlands Eingreifen in die Angelegenheiten der finnischen Republik, die von den Bolschewikern bereits ausdrücklich als besonderer und unabhängiger Staat anerkannt worden sei. Die russischen Truppen sind nicht nur nicht, wie versprochen, ganz zurückgezogen worden, sondern die russische Garde fährt fort, die Weiße Garde anzugreifen, die als Vertreter der finnischen Bourgeoisie angesehen wird.

Groß-Berlin

Erhöhung der Kommunalsteuern um 20 Prozent.

Als erster Haushalt Groß-Berlins liegt in diesem Jahre der Charlottenburger aus. Er schlägt eine Erhöhung des Zuschlages zur Staatseinkommensteuer von 170 Proz. auf 190 Proz. vor. Die übrigen Steuern sind unverändert geblieben. Die Begründung für die Mehrforderung findet man in der Teuerung, die sich bei sämtlichen Teilen der städtischen Verwaltung in Mehrforderungen ausdrückt, in der erheblichen Erhöhung der Kosten für Kohlen, Personalbedürfnisse, Kriegergebühren und Zinsen für die durch den Krieg entstehenden Lasten.

Ferner hören wir, daß auch bereits der Schöneberger Magistrat die Erhöhung des Zuschlages der Einkommensteuer auf 190 Proz. beschlossen hat und daß auch dort der Haushaltsplan in den nächsten Tagen öffentlich ausliegen wird. Auch Wilmsdorf dürfte eine gleiche Erhöhung vornehmen. In Berlin befindet sich der Haushaltsplan noch in der Beratung.

Jugendämter und Fürsorgevereine.

Die Zusammenfassung der Jugendfürsorgeeinrichtungen in Jugendämtern unter Leitung der Gemeinden oder des Staates kann nicht ohne Einfluß auf die sogenannte freie Liebestätigkeit bleiben. Die Frage, was dies von den Jugendämtern zu erwarten ist, wurde in einer für die Berliner Jugendgerichte veranlaßten Konferenz der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge aufgeworfen. Pastor Siegmund-Schultze erklärte in seinem einleitenden Referat über „Staatliche und städtische Jugendfürsorge“, die Zentrale müsse die Jugendämter mit Freude begrüßen und Gründung von Jugendämtern überall in Stadt und Land fordern, auch wenn sie selber sich dadurch überflüssig mache. Er wies hin auf den Plan einer landesgesetzlichen Regelung für Preußen, der Jugendämter für jeden Stadtkreis und

für jeden Landkreis in Aussicht nimmt. Hülsen solle man sich, die Jugendämter der Landkreise in ihrem Vermögensbereich verstanden zu lassen; mindestens sei in der Leitung dem Landrat eine für diese Arbeit vorgeschulte und befähigte Persönlichkeit beizugeben. Der Referent erörterte dann im besonderen die Frage, ob den Jugendämtern auch die Jugendgerichtshilfe eingegliedert werden soll. Er hält das für wünschenswert, wenn es auch nicht sofort zu geschehen brauche. In der Diskussion wurde der freien Liebestätigkeit von allen Rednern ein Loblied gesungen. Direktor Haupt, der Leiter des Fürsorgezweigs des Reichsausschusses für Jugendberufshilfe, führte aus, die Übernahme der Jugendgerichtshilfe durch die Jugendämter werde kommen, aber man solle nicht ohne Not darauf hindrängen, vielmehr solle die freie Liebestätigkeit dieses Arbeitsgebietes solange wie möglich festhalten. Geheimrat Schloffer vom Ministerium des Innern nahm die Landräte in Schutz gegen den Verdacht, daß sie als künftige Jugendämter kurzweiliger verfahren könnten. Er glaubt, die Liebe zur Sache sei ihnen vorzuziehen zu dürfen. Den Vorstoß der freien Liebestätigkeit in der Jugendfürsorge hält auch er für nötig, und er verläuterte, daß die Jugendämter die freie Liebestätigkeit nicht beeinträchtigen, sondern noch fördern werden.

Fürsorgestelle für ledige Schwangere. Die beim Formunbschiffamt der Stadt Berlin G. B. Landberger Str. 43-47, neu errichtete Fürsorgestelle für ledige Schwangere eröffnet am Sonnabend, den 2. Februar die ärztliche Beratungsstelle, deren Sprechstunden an jedem Mittwoch und Sonnabend von 5-6½ Uhr abends stattfinden. Ratsrat und Hilfe in wirtschaftlicher Bedrängnis erhalten Schwangere außerdem werktäglich von 10-2 Uhr. Die gesamte Fürsorgeleistung erfolgt für die Schwangeren völlig unentgeltlich.

Der Lebensmittelverband Groß-Berlin und die Sonderzuweisungen.

Nach der Sitzung des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin soll jetzt eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel für alle Groß-Berliner Gemeinden gewährleistet werden. Sonderzuweisungen in den einzelnen Gemeinden können nur noch insoweit stattfinden, als sie einheitlich festgelegt werden. Der Friedenauer Gemeindevorstand macht aus diesem Anlaß bekannt, daß er nicht mehr in der Lage sei, an die dortigen über 70 Jahre alten Einwohner Lebensmittel besonders auszugeben, wie es bisher der Fall war. Es fällt also von jetzt ab die besondere Ausgabe von Nahrungsmitteln an diese Einwohner fort.

Berliner Lebensmittel.

An Kartoffeln werden in der Woche vom 4. bis 10. Februar 7 Pfund abgegeben und zwar können 6 Pfund auf Kartoffelkarte entnommen werden, während das 7. Pfund aus der eisernen Nation zu entnehmen ist.

Von morgen bis Sonntag, den 10. Februar, wird an den im Nordosten Berlins gelegenen bisher noch nicht erschlossenen Bezirken der 176., 192., 193., 194., 212. und 218. Protokommision je 125 Gramm Hauptkäse verteilt.

Maulbeerbiss in Charlottenburg. Ein überaus dreister Maulbeerbiss ist am gestrigen Vormittag in dem Hause Schloffer, 11a verübt worden. Gegen 11 Uhr erschien in dem Kontor des Brunnenbaumleiters Hermann Klemm, des Eigentümers des genannten Hauses, ein junger Mensch, der die Angestellte des Geschäftsinhabers, ein 17jähriges Fräulein, allein antraf. In dem Augenblick, als das junge Mädchen den Fremden nach seinem Geheiß fragte, stürzte sich der junge Mann auf die Kontoristin, warf sie und schlug mit einem scharfen Gegenstand auf sie ein. Die Ueberrassene erlitt eine klaffende Kopfverletzung, setzte sich jedoch energisch zur Wehr und rief laut um Hilfe. Bei der Annäherung von Nachbarn ließ der Täter von seinem Opfer ab und versuchte zu flüchten. Er wurde jedoch verfolgt und nach einer aufregenden Jagd gelang es, den Räuber einzuhaken und zu übermächtigen. Auf der Polizeiwache, wohin der festgenommene gebracht wurde, entpuppte er sich als ein 17jähriger Arbeiter Siebmann aus der Rehringstraße 11. Siebmann hatte es bei dem Maulbeerbiss darauf angelegt, eine größere Summe zu erbeuten. Er wußte, daß bei dem Brunnenbaumleiter Klemm, der auch der Eigentümer des Hauses ist, in dem der Täter wohnte, gestern morgen die Mieten eingezogen waren und daher ein bedeutender Betrag in dem Bureau sich befand. Die Ueberrassene mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben, konnte aber, da die Verletzungen sich nicht als gefährlich erwiesen, nach Hause entlassen werden. Der Täter befindet sich in Haft.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Siedig.

„Ja, ja natürlich,“ sagte er hastig, die Haken zusammenklappend. Wie unschicklich, sie nicht gleich zu erkennen! Er lächelte: „Sie waren damals die von fern Angeschwärzte der ganzen Jugend hier — und dann heirateten Sie den Leutnant Rossi.“

„Mein Mann ist tot.“

Er starrte sie an: „Gefallen?“

Sie nickte, die Brauen zusammenziehend. Er wußte nichts anderes zu tun, als sich tief vor ihr zu verneigen. Sie standen ein paar Augenblicke ganz stumm. Was sollte er sagen, sein höfliches Beileid aussprechen? Das brachte er nicht über die Lippen; es erschien ihm heute alles so anders, so merkwürdig gehoben, der Alltäglichkeit mit ihren gewohnten Formen ganz entrückt. Diese Frau war nicht wie eine andere Frau, diese Frau war gleich einer Erscheinung. Doch ärgerte er sich über sich selber: war er denn so ungewandt? Er nahm sich zusammen, er setzte zu einer Unterhaltung an. Das weiße Kaninchen kam ihm zu Hilfe. Es sprang ihr vom Arm, mit einem Satz war es weg und hopfte zwischen den Kohlstrieken. „Frau Krügers Kaninchen! Schneeweißchen, hier!“

Aber wie ein Hund gehorchte das Tierchen nicht, es freute sich seiner nicht gewohnten Freiheit. Jetzt setzte es sich hin und machte Männchen wie ein Hase. Sein rosiges Näschen schnupperte. Jetzt hopfte es wieder rasch davon, sich beim Sprunge förmlich überschlagend, und mit den Läufen aneinanderklopfend.

„Schneeweißchen, Schneeweißchen!“ Aber je mehr sie es sagte, desto geschwinde wurde es.

Der junge Mann stützte die Hand auf den Zaun. Gewandt schwang er sich hinüber. „Gestatten gnädige Frau, daß ich helfe!“

„Nun logien sie zu zweien. Es war nicht so leicht, das Tier einzufangen; oft legte es sich hin, duckte den Kopf zu Boden, aber kaum streckte sich eine Hand nach ihm aus, war es auch schon wieder weg.“

Sie stolperten zwischen Mutter Krügers Kohlstrieken. Der junge Mann lachte: das war ja urkomisch. Jetzt lachte auch die Frau in dem schwarzen Kleid. Sie lächelte auf einmal wieder ihre Jugend. Der Schleier war ihr vom Kopf ge-

flogen, ihr Haar wehte, der Atem ging ihr rasch, sie wurde heiß und rot. Alles andere war für den Augenblick vergessen.

„Aufgepaßt,“ sagte er, „ich treibe es Ihnen zu!“ Lachend rief sie: „Au, wieder entwischt! Halten Sie's, halten Sie's!“

Es war wie ein Spiel. Endlich hatten sie den Ausreißer; das verängstigte Geschöpf zitterte. Ali nahm es wieder an ihre Brust, sie streichelte es, ihre Stimme klang lieblosend: „O du armes Tierchen! Aber warum läufst du auch fort, warum willst du nicht bei mir bleiben?“

„Ja, das weiß ich auch nicht!“ Der junge Offizier betrachtete sie mit einem bewundernden Blick: wie die paar Minuten sie verändert hatten! Nun war sie wieder jung wie ein Mädchen und doch frauenhaft weich und zärtlich, und wunderschön. Er streichelte das Tier auch.

„Fühlen Sie nur, wie seine Pfoten zittern. Hier — wie sein Herzchen klopf!“ Sie führte seine Hand.

Auch sein Herz klopfte.

Als Heinz Vertholdi diesen Abend im Bett war, lag er noch lange mit offenen Augen. Jetzt hätte er es nun einmal haben können, so recht ruhig einzuschlafen: kein Geschwöbner, kein Trappen von nägelbeschlagenen Soldatenstiefeln, kein Huschen von langgeschwänzten Ratten. Kein Befehl konnte ihn aufwecken und kein Gefühl der Verantwortlichkeit, und doch kam der Schlaf nicht. Diese Frau gefiel ihm jetzt tausendmal besser wie als Mädchen. Da war Ali von Voigt ihm öfter begegnet, als er noch mit den Büchern unterm Arm in die Prima ging. Sie hatten dann immer hastig die Mühen von den Köpfen gerissen, er und die anderen Primaner: „die schöne Lili!“ aber die Schwärmerin der übrigen hatte er nicht geteilt; sie hatte etwas zu Unnahbares gehabt. Jetzt hatte ihre Schönheit etwas Rührendes. Frau Leutnant Rossi, Witwe — schon eine Witwe — arme junge Frau! Ihr Mann lag draußen erstarrt im kalten Tod. Und sie mußte nun selber erstarren wie im Winterschnee in ihrer Einsamkeit.

Als er endlich schlief, sah er im Traum die junge Witwe, und Hunderte und Aberhunderte von Witwen gingen hinter ihr her. Ein langer, langer Zug. Er wollte sie zählen, er konnte es nicht, es waren ihrer zu viele. Ihre schwarzen Kleider rochen nach Moder, ihre schwarzen Schleier wehten wie Trauerschlaggen. Junge Geschlechter, schöne Frauen — sie sahen alle aus wie Lili von Voigt. Er wollte sich abwenden

und konnte es nicht, er mußte zu ihnen hinsehen wider seinen Willen. Und er mußte sie hören.

Sie klagten im Chor: „Einsam, einsam, wir sind so einsam, und wir sind noch jung. Unsere Arme sind warm, unsere Herzen sind heiß, wir gehen in Schwarz und trügen doch lieber Rotenrot. Fluch über den Krieg! Er hat uns zu Witwen gemacht. Räche uns, räche uns, du junger Krieger!“

VIII.

Man sah in den Straßen jetzt viele Uelauer, draußen im Feld war augenblicklich ruhigere Zeit. Es tat ihnen not, wieder einmal in der Heimat zu sein, sonderlich denen, die im Westen die deutsche Binde gehalten hatten gegen den furchtbaren Antikrum.

„Ob mein Mann auch zu Hause kommt?“ sagte Minna Dombrowski zu Gertrud Hieselhahn. Diese guckte die Achseln. Es lag Sorge in ihrem Blick: wenn der Mann dahinter läme! Hatte ihr die Dombrowski nicht oft genug erzählt, wie eifersüchtig er war — und hatte er denn nicht auch alle Urfache dazu?

Selt jenem Sonntag, an dem die Frau weggegangen war im weißen Kleid und erst am andern Morgen wiederkam, ganz zerfetzt, und sich aufs Bett geworfen hatte und ausgeschlafen bis in den helllichten Mittag, erzählte sie wieder und wieder von ihrem Vardier, der in Berlin ein schönes Geschäft hatte. Sie schwante immerfort davon. Kam der Mensch denn nicht bald wieder ins Feld? Gertrud hoffte darauf, aber die Dombrowski erzählte lachend: ihr Berliner verstand's. Wenn der auch 'rauskam, der kam doch bald wieder. Der Kriege ja wieder seinen Rheumatismus.

Gertrud biß sich auf die Lippen, sie mußte stille sein. Es wäre ihr lieb gewesen, hier heranzukommen, aber sie hatte nicht Geld genug, es war alles schon so teuer und es wurde teurer mit jedem Tag. Diese Wohnung hier in dem entlegenen Knoesen war wenigstens billig. Und die Dombrowski gutmütig, die würde sie nicht drängen, wenn sie einmal die Miete nicht bezahlen könnte. Aber ihr war nicht wohl zumut.

Die Dombrowski, die früher Fleißige, vernachlässigte jetzt ihre Wasch- und Reinmachstellen. Ein paarmal schon hatte die Frau General von Voigt nach ihr geschickt, und die Frau Leutnant Rossi hatte eine Karte geschrieben; sie hatten vergebens gemartet. „Sie müssen doch wenigstens absagen,“ sagte Gertrud. (Fortf. folgt.)

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee.
 Sonntag, 10. Februar 1918, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Zum Prälator“, Berlin-Weißensee, Pehderstr. 122:
Außerordentliche Generalversammlung.
 Tagesordnung:
 1. Beschlußfassung über Änderung der Statuten.
 2. Kassenangelegenheiten.
 Zum Eintritt sind nur die mit einer Legitimation versehenen Ausschußmitglieder berechtigt. 300/1
 Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung wird um vollständiges und pünktliches Erscheinen gebeten.
 Der Vorstand:
 F. v. d. L. Vorsitzender.

Ortskrankenkasse der Kempner zu Berlin.
 Zu dem am Freitag, den 8. Februar 1918, abends 8 Uhr, im Kaiserhof, Wallstraße 68, stattfindenden **außerordentlichen Ausschußsitzung** werden die Ausschußmitglieder hiermit eingeladen.
 Tagesordnung:
 1. Satzungsänderung auf Grund der Bundesratsverordnung vom 22. November 1917. 299/20
 2. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
 Der Vorstand:
 A. Hartmann, Vors.

Achtung!
Allgemeine Ortskrankenkasse Spandau.
 Am Montag, den 11. Februar 1918, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Brunow“, Spandau, Moritzstr. 2, eine **außerordentliche Ausschußsitzung** statt. 300/5
 Tagesordnung:
 1. Satzungsänderung auf Grund der Bundesratsverordnung vom 22. November 1917 (u. a. Einführung von 10 Grundlohnstufen).
 2. Verschiedenes.
 Die Herren Ausschußmitglieder erhalten noch eine besondere Einladung.
 Anfragen, welche eine Einsichtnahme in die Bücher oder Akten erforderlich machen, sind dem Vorstand mindestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich einzureichen.
 Der Vorstand:
 G. Richter, Vorsitzender.

Ortskrankenkasse der Schlosser u. verwandten Gewerbe zu Berlin.
 Die in der Ausschußsitzung am 30. November 1917 beschlossene Abänderung des § 74 der Satzung hat unter dem 12. Januar 1918 die Genehmigung des Königl. Oberverwaltungsamtes Groß-Berlin erhalten und tritt mit dem Tage dieser Bekanntmachung als „Dritte Abänderung“ zur Satzung in Kraft. 299/19
 Druckexemplare der Abänderung können im Kassenlokal in Empfang genommen werden.
 Berlin, den 1. Februar 1918.
 Der Vorstand:
 H. Polzin, Vorsitzender.
 Georg Müller, Schriftführer.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof.
Einladung
 zu dem am Montag, den 11. Februar 1918, abends 8 Uhr, im Restaurant „Reinhold Töpfer“, Berlin-Tempelhof, Berliner Str. 100, stattfindenden **außerordentlichen Ausschußsitzung** der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten.
 Tagesordnung:
 1. Die Bundesratsverordnung betr. Erhöhung der Grundlöhne usw.
 2. Satzungsänderung.
 3. Genehmigungsbem.
 4. Verschiedenes.
 Beschwerden und Anfragen sind spätestens bis Freitag, den 8. Februar, bei der Kassenverwaltung schriftlich einzureichen.
 Der Vorstand der Allg. Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof, (94.) Ernst Krieger, 1. Vorsitzender.

Herren-Moden
 nach Maß unter Garantie tadellosen Sitzes.
 Gutes Stofflager vorhanden.
 Auch Stoff zum Anfertigen an.
Julius Fabian
 Schneidermeister
 Gr. Frankfurter Str. 97 II
 Tel.: Amt Königstadt 3070

Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker u. d. d. Gewerbe zu Berlin.
Einladung
 zur **Sitzung des Ausschusses** am Donnerstag, 14. Februar, abends 8 Uhr, im Wustter-Bereinslokal, Kaiser-Wilhelm-Str. 11:
 Tagesordnung:
 1. Beschlußfassung über Abänderung der Satzung auf Grund der Bundesratsverordnung vom 22. November 1917 betr. die §§ 18, 19, 21, 27, 28, 29, 31 und 44. 300/2
 2. Verschiedenes.
 Berlin, den 4. Februar 1918.
 Der Vorstand:
 R. Gutschke, 1. u. 2. Vorsitzender.
 Schriftführer.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz.
Bekanntmachung.
 Vom 1. Februar d. J. ab tritt die infolge Notgesetzes vom 4. August 1914 aufgehobene Rechtskraft betreffend Familienhilfe, wie sie in § 28 Abs. 1 der Satzung aufgeführt ist, wieder in Kraft. Diejenigen Firmen beim Herren Arbeitgeber, die mit der Ausstellung von Behandlungsbescheinigungen beauftragt sind, werden insbesondere darauf hingewiesen, daß Schecks für Familienbehandlung nur in der Satzung verbrieflicht werden.
 Berlin-Steglitz, 29. Januar 1918.
 Der Vorstand:
 G. Sigale, Vorsitzender.

Sterbefälle Nr. 56, Berlin.
 Die nächste **Ordentl. Generalversammlung** findet am Sonntag, den 10. Februar 1918, vormittags 9 1/2 Uhr, im **Junken Gesellschaftshaus, Triftstr. 63, II. Etage**.
 Tagesordnung:
 1. Kassenbericht.
 2. Bericht der Revisoren.
 3. Wahl der ausstehenden Vorstandsmitglieder.
 4. Wahl der Revisoren.
 5. Wahl der Aufsichtsratsmitglieder.
 6. Anträge und Verschiedenes.
 Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigen des Kassenbuchs gestattet.
 297/15
 Der Vorstand.

Ortskrankenkasse der Steindrucker und Lithographen zu Berlin.
 Am Dienstag, 12. Februar 1918, abends 8 Uhr, im Restaurant „Schultheiß“, Neue Jakobstr. 24/25:
Außerordentliche Ausschußsitzung.
 Tagesordnung:
 1. Satzungsänderung der §§ 17, 18, 20, 30 und 45.
 2. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
 3. Beschlußfassung über den in der letzten ordentlichen Ausschußsitzung verlesenen Antrag über die Gewährung von Diäten an die Vertreter des Ausschusses für Teilnahme an den Ausschußsitzungen.
 Der Vorstand:
 R. Stuchmann, 1. Vorsitzender. 14596

Tischlereien
 gesucht für gute Tischlerarbeiten nach Zeichnung in roh Holz und poliert. 20662
Louis Petri,
 Möbelfabrik,
 SO 26, Waldemarstraße 32

Münzen
 kauft Hall, Münzenhdlg., Berlin, Wilhelmstr. 46/47.

J. F. Abmann
Buttergroßhandlung
 42 Detailgeschäfte in Berlin und Vororte

Möbelfabrik Rob. Seelisch
 BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
 empfiehlt gute preiswerte Möbel
154 Musterräume
 Lagerräume: 6696 q-Meter groß.
 Versand nach allen Plätzen Deutschlands. Besichtigung ohne Kautzang gestattet.
 Am Sonntag von 12-2 geöffnet.

Zahrländeränderung.
 Von Dienstag, 5. Februar d. J. ab werden außer den Berlineränderungen folgende Schnellzüge wieder eingelegt:
 3 zwischen Frankfurt a. M. und Halle a. S.,
 8 zwischen Halle a. S. und Eisenach,
 D 22 / D 20 zwischen Berlin und Leipzig,
 D 49 / D 50 zwischen Pflämen und Berlin,
 D 63 / D 64 zwischen Dresden und Berlin,
 D 114 W / D 191 W zwischen Stralsberg und Berlin,
 D 157 W / D 182 W zwischen Regensburg und Leipzig,
 D 208 / D 208 zwischen Frankfurt a. M. und Berlin,
 D 208 / D 241 zwischen Leipzig und Frankfurt a. M.,
 U 4024 / U 4025 zwischen Kassel - Logau und Frankfurt a. M.
 Dagegen fällt vom gleichen Tage ab der zum 1. April an Zug D 145 nach Berlin eingelegte Schnellzug Leipzig (ab 8.15 nachm.) - Bitterfeld (an 8.50 nachm.) wieder fort.
 Halle a. S., im Februar 1918.
 Königl. Eisenbahndirektion.

Lotterie für deutsche Soldatenkinder
 Ziehung 16. Februar 1918
 3667 Gewinne im Gesamtw.
100 000
50 000
10 000
 Hauptgew. Mark.

Berliner Losezentrale
 Berlin O 2
 Mählendamm 3.

Straßen- und Fabrik-Besen
 ca. 8 cm breit u. 30 cm lang Postpakete, 2 u. 4 Stück, liefert noch prompt per Nachnahme St. 4.80 M. exkl. Verpackung auf franko inkl. Verpackung.
Besen- u. Bürsten-Industrie
 Celle i. H. 350 Arbeiter.
 Niederlag. Berlin: Rosenthaler Str. 14. Teleph. Norden 10026. Kottbuser Damm 29-30, Mpl. 11918.

Spezialarzt
 Dr. med. Colmann
 f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Belkranke, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandl. schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters. Fäden im Harn usw.
 Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.
 Königstr. 56/57, gegenüber Spr. 10-1 u. 5-8, Sonntag 10-1.
 Honorar mäßig, u. Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Winterstrümpfe
 (L. D. A. G. M. u. Wort-Schutz)
 können Sie sich selbst herstellen aus alten Hüten, Lappen und Resten. **Kein Drücken der Nähte**, bequem an- und ausziehen nach dem System 180/18
„Uckostrumpf“
 Schnittmusterbogen für alle Größen (Frauen-, Kinder- und Männerstrümpfe) erhältlich
 C. G. Heide, Eisenach Str. 104.
 Dr. Gahn, Landberger Str. 60/63.
 T. Wolf, Proffauer Str. 30.
 Max Reichardt, Chausseestraße 67.
 W. A. Dohow, Eisenach Str. 84.
 E. Falden-Reuendorf, Speyerer Str. 3.
 S. G. Feudrits, Urbanstr. 101.
 Charlottenburg: J. Freimüller, Kantstr. 47.
 Schönberg: Elise Körtig, Brunnenstr. 74.
 Biederste. wenden sich an Stadtdirekt. Kaiser, Eisenach Str. 84.

Harnleiden-Behandlung
 mit Rücklauf-Katheter
SANABO
 in Krankenhäusern, Lazareten und Kliniken im Gebrauch - Schnellste Erfolge auch bei hartnäckigen Fällen.
 Ohne Berufsstörung
 Sprachat. 12-2, 4-8, Sonntag 11-1
 Sprachat. I. Damm 12-1, 5-4
 Sanitätsrat Dr. Paul Wolf.

Zähne
 mit und ohne Platte, nur Friedenskautschuk, Goldkron, Brück, Plomb, Umarbeitung schlechtsitz. Gebisse, Repar. sof. Zahnzieh. m. Betäub. Bill. Preise, a. Teilz.
Zahn-Praxis M. Löser, Brunnenstr. 185,
 nahe Invalidenstraße. Sprechz. täglich 9-7, Sonntags 9-12 Uhr.

Gute Belohnung!
 Gelber Auto-Flanisch-Mantel Sonnabend früh 6 1/2 Uhr am Alexanderplatz aus dem Wagen verlorene.
Löwenbrauerei Akt.-Ges., Kochstr. 2/4.

Haushaltmühlen
 Gewürg- und Knochenmühlen mit Zählungrad. Ferner harte Wand- und Standblechmühlen. Alle Maschinen groß und fein mahlen verstellbar. Sofort lieferbar. Verkauf
Neßner, Berlin N.,
 Gerichtstr. 12, I. Stockwerk. 21252*

Achtung! Schuhmacher und Selbstsohler!
 Die Erfolge mit der Schuhmarke **KUS** kann genützt, mit Holz u. Eisenstiften genagelt werden.
Kein Holz Kein Papier
 Geschmeidig wie Leder, garantiert wasserfest.
 Zu haben in nachstehenden Geschäften:
 A. u. N. Sattler, Berlin, Lotzinger Str. 81. Georg Verl., Wilmersdorf, Wilhelmstraße 26. S. Kranke, Berlin, Reihnertstraße 21. Otto Schäffer, Charlottenburg, Ballstraße 61. P. Nagel, Berlin, Neue Königstr. 59. Erich Gröhn, Charlottenburg, Büchsenstr. 81. Gebr. Bräse, Berlin, Gläuserstraße 47/48. Robert Ebert, Charlottenburg, Schilderstr. 100. Carl Gähde, Charlottenburg, Krumme Str. 61. Franz Strube, Spandau, Danellstr. 6. Carl Hildebrand, Spandau, Potsdamer Str. 31.
Fabrikant
 Köblers Universal-Sohlen-Gesellschaft m. b. H.
 G. H. Köbler, Charlottenburg, Windscheidstr. 18. 21252

Lungen-
 und Halsfranke. Befolgen Sie folgendes beherrschende Rezept über Heilmethode ohne Berufsstörung. Sanitätsrat Dr. Weise's Ambul., Berlin 117, Potsdamer Str. 123b 11

Oxysan hochprozentiges Sauerstoffsalz
 vorzüglich bewährt bei
 Stuhlverstopfung, Stuhlrückhalt, Hämorrhoiden, Magenleiden.
 Oxysan fördert den Stoffwechsel und ist absolut unschädlich. Bei Professoren u. Aerzten im Gebrauch. Dose 5 Mark, mit ausführlicher Broschüre über Wesen und Wirkung des Sauerstoffs.
Dr. Gebhard & Cie., Berlin 132, Hallsche Str. 23

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
 in erstklassiger Ausführung zu soliden Preisen liefert unmittelbar ab Fabrikgebäude an Privats
Möbel-Großlager Berliner Tischler- u. Tapezierermeister
Albert Gleiser
 G.m.b.H. - Berlin C 33, Alexanderstr. 42
 Alexanderplatz
 Wir unterhalten noch eine reiche Auswahl in erstklassigen Möbeln bis zum Ausverkauften. Besichtigung äußerst lobend und erwünscht. Drucksetzen kostenlos. Bahnfreie Lieferung durch ganz Deutschland

Mastputzen,
 besonders letzte, leichte u. schwere sowie **Masthühner, Kanarienvögel** mit u. ohne Netz. **Schmidt vorm. Tasche,** Pianoforte 21, am Hallschen Tor.

Spezialarzt
Dr. med. Laubs
 beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstörung. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Erprobte Methoden Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u. Blutuntersuchung.
 Königsstr. 34 36, Bahnh. Alexanderplatz. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonntag 10-1.

Endymantel
 neueste Form, besser Friedendrock, mit leichtem normalem Velour, angenehm, bequem, schmeichelnd, billig abzugeben.
Blauer Bazar
 Pelzwareneigenheit.
 Kaiser-Wilhelm-Str. 16, neben d. Markt, beim Alexanderplatz.
 Stadtbl. 100 schön. Kriegs-Liebes- und Glanzkarten 8 Mark. Stadtbl. 30 Bl. auch. Nach Verkauf erhalten Sie auch Wunsch als Vergütung eine Uhr, Ritzler, Gedächtnisalbum, Album, Regenschirm oder Sprechapparat laut meinen Bedingungen. Verlanbungs-Pansegrau, Rehden, Belpin.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
 Friedrichstr. 90
 direkt am Stadtmarkt.
 Behandl. von Syphilis, Gonorrhoe, Frauenleiden, (spez.) chron. Niere, Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlos, fertige Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung, Hg. Probe, Teilzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonntag 11-1.

Prima Würstchen
 a. Wurst a. Kaninchen- u. Roßfleisch tägl. frisch, Pfd. 3.50 M. Nachn. Eilp.-Vers. Versand v. 5 Pfd. ab. Roßschlichterei und Wurstfabrik **Arthur Schindler, Zwickau i. S. 1***

Raf und Auskunft
 in Dienstbotenangelegenheiten
 Suchende wenden sich vertrauensvoll an den
Verband der Hausangestellten,
 Berlin SO 16, Engelstr. 21 III. Geöffnet von 9-5 Uhr.

Wie ein Wunder
 bereitet 1906
San-Rat Hausfalbe
 Dr. Strahl's
 jed. Hautauschlag, Nieseln, Hautjucken, bei Prineischnen, Krampfadern der Frauen u. dergl. Zufolge erfolgt per Nachnahme in Dosen a 2.25, 4.25 und 7.50.
 Elefanten-Apothek, Berlin, Leipziger Str. 74 (am Dönhofsplatz).

Erfinder
 bedienen sich z. Anm. u. Verwertg. ihrer Erfindungen eines Patentfachmannes. Wir verkaufen u. a. ein Patent für
M. 850 000,-
 durch uns. Mitarb. Ein D.R.G. M. in 14 Tag. für M. 20 000,-
Rat u. Auskunft kostenlos!
F. Erdmann & Co.,
 Berlin SW 11, Königgrätz Str. 73

Möbel-Angebot.
 Solide Möbelklima liefert Spezial-Ein- u. Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Anzahlung der kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten W. I an die Exped. d. „Sonn.“
Keine Kaffeeer.
 Größte Auswahl.

Erfinder
 während des Krieges **grosse Erfolge!**
 Rat zur Verwertung von Erfindungen kostenlos. Norddeutsches Patentbüro, Aoltestrasse Barona Berlin, Berlin, Friedrichstr. 9 9-5, Sonntags 11-1
Stoffhaltigen, rübenfreien Kaffee-Ersatz
 liefert das Pfund mit R. 2.50 in Velpat. a 9 Pfund, so lange Vorrat reicht.
Gustav Teich, Kolberg (D/See)

Der beste Glühpunsch-Extrakt
 (alkoholfrei)
Glühpunsch-Extrakt I
 M. 4.- das Liter.
„Hacfo“ Glühp.-Extr.
 M. 2.20 das Liter.
 Meins
Likör-Spezialmarken:
„Trumpf-As“ (alkoholfrei) M. 10.- das Liter.
„Schelm“, vorzüglichster Geschmack, M. 5.- 4 Liter. Nicht unter 5 Litern von jeder Sorte nach auswärtl. In Berlin durch eigenes Fuhrwerk.

Hermann Führer,
 Berlin O.
 Große Frankfurter Str. 91.
 Tel. Königstadt 2949.

J. Baer
 Badstr. 26
 Eck. Prinz-Alten Herrens- u. Kasse-Moden, Berufsfil. Eleg. Palast, Ufa, Joppen, Gr. Stofflager, eleg. Maßanfertigung. Billigste, feste Preise.

Starke Büste
 wird erlangt durch das echte **Bocastel-Busenwasser** welches die Formen zur höchsten Entfaltung bringt u. einen gleichmäßigen Halsansatz bewirkt. Durch natürliche äußerliche Kräftigung wird die erschöpfte Brust gefestigt u. die unentwickelte kleine Büste vergrößert. Zahlr. Anerkennungen. Wirkung unübersehbar. **Flasche 4 Mark.** Kosmet. Laborat. H. Bocastel, Berlin 20, Schönhauser Allee 132

Rübenmus
 in ausgezeichnetester Qualität liefert für Wiederverkäufer
Bugge,
Zionskirch-Str. 2.
 Der Kleinverkauf von 1 Pfund an findet im selben Hause statt.

Thomson
 unanrät. 3. Viertel des Gedächtnis, Blutsäure, Pulver u. beteiligt am höchsten **„Marabin“**. Seit 25 Jahren in wirksamsten Erfolgen erprobt. M. 2.50. Otto Reichel, Berlin 13, Otto-Edenstr. 4.
 Regelmäßige 11/14 Sprechstunden vom 3. Febr. ab. Leo Gutmann, Reg. Edg. Gansler Allee 83. Bielefeldmarkt

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Paul Handke
am 20. Januar an Tuberkulose gestorben ist.

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Marien-Gemeinde in Wilhelmshagen-Straße 100/101 statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Gottlieb Rotte
Koboldstr. 11
am 21. Januar gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Margarethen-Kirchhofes in Weihenstraßen, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schnitzarbeiter

Heinr. Berfelde
Königsstr. 16
am 21. Januar gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes in Weihenstraßen, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachrufe.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Zimmerer

August Gaese
am 21. Januar infolge eines Hirnblutausflusses gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallarbeiter

Paul Glatz
am 20. Januar an Lungenerkrankung gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Erich Scheel
Reichenhagen, Berliner Str. 41,
am 27. Januar gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Artur Frieß
Dennelstr. 6
am 27. Januar gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klempner

Robert Rapsch
Kalenbeide 91
am 21. Januar gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bergmann

Paul Kunze
Königsstr. 7
am 27. Januar gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Oskar Luster
Königsstr. 59
am 27. Januar gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Zimmerer

August Raabe
Königsstr. 237
am 28. Januar gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Fritz Noack
Königsstr. 11
am 27. Januar gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schneider

Albert Böhm
Königsstr. 61
am 28. Januar gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Adolf Hentscher
Königsstr. 42
am 21. Januar gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, die Tischlerin

Auguste Raabe
Königsstr. 5
am 19. Januar gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Eduard Böhnelt
Königsstr. 38
am 7. Januar gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Der Mitgliedschaft Berlin bringen wir hiermit die schmerzliche Kunde, daß unser allverehrter Vorstandsvorsitzender

Emil Döblin

am Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, nach schwerem Leiden aus dem Leben geschieden ist.

Die Berliner Mitgliedschaft verliert in ihm einen treuen Berater, der in allen ersten Stunden des Lebens mit großer Gewissenhaftigkeit und strenger Pflichterfüllung stets seines schweren Amtes waltete.

Bevor Döblin Vorstandsvorsitzender im Jahre 1889 wurde, war er Vorsitzender unseres Ganges während der letzten Jahre des Sozialistengesetzes. Die schwersten Zeiten hat er als solcher mit durchgemacht. Seine großen Verdienste um die Organisation, sein kollegiales Wesen und sein glücklicher Humor auch in den kritischsten Zeiten werden von uns nie vergessen werden.

Der Gausvorstand.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Februar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Luisenfriedhof in der Bergmannstraße 48/50 statt.

Am Donnerstag, den 31. Januar 1918, abends 6 1/2 Uhr, verschied nach viermonatigem schweren Leiden unser verehrter Vorsitzender

Emil Döblin

im Alter von 65 Jahren. Nahezu 30 Jahre an der Spitze der Organisation stehend, widmete der Verstorbenen seine ganze Kraft und seine außergewöhnlichen Fähigkeiten dem Gedeihen des Verbandes mit bestem Erfolge. Seinen Rat und seine Tatkraft werden wir oft vermissen, sein verdienstvolles Lebenswerk sichert ihm dauernden Dank aller Kollegen und ehrendes Gedächtnis weit über den Kreis der engeren Berufsangehörigen hinaus.

Berlin, 2. Februar 1918.
Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Februar 1918, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes, Bergmannstraße 48/50, aus statt.

Am Sonntag, den 27. Januar 1918, abends 6 1/2 Uhr, entschlummerte nach kurzem Krankenlager unser lieber Vater, der Buchmeister

Ernst Rogge

im 66. Lebensjahre nach einem Leben voller Mühe und Arbeit.
Die trauernden Kinder.
Die Beerdigung hat am 1. Februar 1918 von der Halle des 1. Schöneberger Friedhofes, Raststraße, aus stattgefunden.



Nachruf.
Die Beerdigung unseres Mitgliedes

Anna Halz
Berlin, Köpenicker Str. 42,
hat Donnerstag, mittags 12 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstraße 37, nachgelassen.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Verband der Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied Frau

Gleanore Krause
geb. Bontow
(Königsstr. 22, Bezirk 2) verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk Weihenstraßen.

Nachruf.
Am 26. Januar starb unser Mitglied, der Tischler

Bernhard Joseph.
Bezirk Schöneberg.

Am 27. Januar starb unser Mitglied, der Tischler

Ernst Rogge.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Kranzspenden
sowie sämtliche Blumenarrangements liefert schnell und billig
Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. 191. 7900.

Wübel-Fabrik „Hoffnung“
s. G. m. b. H. Berlin.

Nachruf.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser guter und treuer Mitarbeiter Genosse und Mitarbeiter, der Maschinenarbeiter

Richard Warmbier
im 50. Lebensjahre am 28. Januar 1918 verstorben ist.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirk Köpenick. Groß-Berlin.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Quastbinder

Gustav Schumann
von der Firma G. Lorenz, Glühbirnen-Werke.

am 29. Januar im Alter von 42 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiterverband

Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen und verstorbenen Kollegen gewidmet.

Gregor, Artur, Schlosser,
geb. 8. 4. 09 in Berlin.

Heinecke, Walter, Drücker,
geb. 19. 11. 08 in Friedenau.

Klotz, Erich, Schlosser,
geb. 30. 9. 06 in Posen.

Knospe, Wilhelm, Rohrleger,
geb. 28. 1. 75 in Berlin.

Schmidt, Otto, Klempner,
geb. 5. 2. 01 in Schneidemühl.

Schmidt, Otto, Klempner,
geb. 7. 5. 73 in Reichenheim (Schlesien).

Schüler, Richard, Buchsenmacher,
geb. 11. 11. 09 in Berlin.

Späth, Johann, Klempner,
geb. 29. 4. 78 in Pöchl.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Gigarren i. großer Auswahl
F. Ernst Borch, Berlin, Elisabethstr. 21.

Alkoholl. Getränke
Franz Abraham
Karl-Moskauer- u. Romertank-Kell. 63 Lützowstr. 1a, Fernsp. 1241, 12708

Kondagen, Summiw.
K. Hauke, Bräunerstr. 14, M. E. Kraus, Köpenickerstr. 11, A. E. Lange, Bräunerstr. 164

Käse- u. Konditorien
Otto Wolff, Treptow, Köpenick 15, Laska, Gr. Lützowstr., Cassenstraße

Brauereiarzt, Bierhandlung.
Brauerei Bötzwil
auspflanzt Qualitätsbiere

Central-Bad
Königsstr. 11, 11. Detail-Geschäfte

Diana-Bad
Königsstr. 11, 11. Detail-Geschäfte

Passage-Bad
Königsstr. 11, 11. Detail-Geschäfte

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint 2 mal wöchentlich. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!

Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasstr. 97, Tel. 191. 2081, 2082

Essigfabriken
Timmer-Essig
Oberall erhältlich

Nähmaschinen
Singer Nähmaschinen
Läden in allen Städten.

Kl. Wohnhaus mit Kautmanns-
geschäft, bestehend aus 2 Wohn- und 1 Schlafzimmern sowie Leben mit Einrichtung für den Preis von 4300 R. sofort zu verkaufen. Offerten u. H. 100 postlagernd Teterow. 21892

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden, Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 T.), Blutuntersuchung, Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 252/12. Sprechstund.: 11-1 u. 6-8.

Eine größere Sendung Gramophon-Platten

trifft am Montag neu ein.
Wieder alle Schlager aus:
„Die Rose von Stambul“ mit Fritzl
„Czardasfürstin“ Massary
„Drei alte Schachteln“ Claire
sowie Tanz-Platten vom Palais-de-dance-Orchester.

Phonographen-Katz, Alexanderplatz,
Weinmeisterstraße 2, Chausseestraße 82,
Große Frankfurter Straße 144,
Neukölln, Bergstr. 4, W, Kleiststr. 27.
Telephon: Königstadt 5727 u. 49. Lützow 3638.
Sonntags von 12-3 Uhr geöffnet. 267/1

Neu-Buddhistische Zeitschrift

Die Zeitschrift der selbständig Denkenden.
Vierteljährlich 1 Heft in Stärke von 6 Bogen.
Einzelpreis 3,50 M. Jahrespreis 12 M.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder vom Verlag.
Neu-Buddhistischer Verlag
Berlin-Wilmersdorf
Prinzregentenstraße 85.

Fesche lange Pelzmäntel 740.-

Perlaner-Klasse mit breiten Verbrämungen auf Brokat gefüttert, ziemlich lang
Seal-Plüsch, Gatte Gipsenform. 1800, 1900, 2000,-
Einzeln Modelle, beste Felle.

Flotte Plüschmäntel 250,-

Mobler Astrachan auf Seide m. echtem Pelzkragen 200, 180. Seiden-Astrachan auf Seidenfutter 225,-
4 1/2 lange Seal-Plüschmäntel 275, 325,-. Lange Seal-Plüschmäntel, Modelle 225,-.

Imprägnierte Seidenmäntel 165,-

Entwickelnde Seidenmäntel, imprägniert 240-195. Seiden-Gummimäntel 210-175.
Großkarische Gummimäntel, flotte Form. 90-55. Seiden-Mantelkinder 260-165.

Gediegene Ulster!! Feine Kostüme!!

Dicke, wollige Stoffe, reinwoll. Eskimo 195,-
Fasziestoffe mit Pelzbesätzen. 220, 170,-
Reine Wolle, Kammergarn 350, 245,-
Fasziestoffe, Seide 400-275,-

Kleider, Röcke, Blusen.
Westmann,
I. Geschkft: Berlin W,
Mohrenstraße 37a
II. Geschkft: Berlin NO,
Gr. Frankfurter Str. 115.
Sonntag geöffnet 12-3 Uhr.

Meierei C. Bolle

A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit
95/123
Alttestar und grösster
Milchwirtschaftlicher
Großbetrieb

Photogr. Apparate
M. Albrecht
50, Köpenicker Str. 4
auch Gelegenheitskaf.

Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 1
(Weine, Liköre, Feinkost)

Kugo Selig
50 Pillalen in allen Städten.
Herm. Meyer & Co. AG.
ca. 550 Verkaufsstellen. Gr.-Berl.

